

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserte für die viergespaltene Postzeile ober deren Raum 80 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

„Minderwertige“.

I.

n. Die „Umschau“, Wochenschrift über die Fortschritte in Wissenschaft und Technik, hat vor kurzem ein Preisausschreiben erlassen für die beste Beantwortung der Frage: „Was kosten die schlechten Rassenelemente dem Staat und der Gesellschaft?“ Den Preis von 1200 Mark hat Herr Ludwig Jenz, Beamter der allgemeinen Armenanstalt in Hamburg, errungen. Er hat auf die preisgekrönte Arbeit (veröffentlicht in Nr. 6 der „Umschau“, 1913) eingegangen wird, sei erwähnt, daß die Fragestellung falsch ist. Die Sache, die untersucht werden soll, ist keine Rassenfrage, sondern eine wirtschaftliche und soziale Frage, die alle Völker, ohne Unterschied der Rasse, auf einer gewissen Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung angeht. Dann aber ist das Beiwort „schlecht“ so allgemein, weitläufig und nichtsagend, daß man aus dem Wortlaut der Frage beim besten Willen nicht entnehmen kann, worum es sich denn eigentlich handelt. Es verdient anerkannt zu werden, daß der preisgekrönte Autor den nichtsagenden Ausdruck in seiner Arbeit vermeidet und gleich in den Einleitungssätzen durch die Wahl faßbarer Begriffe zu erkennen gibt, worauf es ankommt: „Wie mit jedem geschäftlichen Unternehmen Geschäftskosten verbunden sind und es eine der wichtigsten Aufgaben des Leiters ist, diese in möglichst niedrigen Grenzen zu halten, so bestehen auch in dem großen Wirtschaftsbetriebe der zivilisierten Völker gewisse unvermeidliche Ausgaben, die nicht erwerbend tätig sind, sondern zur Erhaltung des nicht schaffensfähigen Teiles der Bevölkerung verwendet werden müssen. Auch diese Kosten sucht die moderne Volkswirtschaft dadurch möglichst herabzudrücken, daß neben der Erhaltung der Individuen, die keine Werte mehr zu schaffen vermögen, die Bestrebungen darauf gerichtet sind, vorbeugend zu wirken, also Minderwertigkeiten zu schaffen, die das Individuum hindern, in einen erwerbsfähigen Zustand hinabzusinken.“

Es handelt sich also um die Nichterwerbenden, die man im volkswirtschaftlichen Sinne auch als wirtschaftlich „Minderwertige“ zu bezeichnen pflegt. Jenz teilt sie in zwei Klassen: Besitzende und Besitzlose, und er meint: „Während die Besitzenden die Kosten für ihre Erhaltung selbst zu tragen in der Lage sind, muß für die Angehörigen der zweiten Klasse die Öffentlichkeit eintreten, d. h. der Staat mit seinen auf gesetzlicher Grundlage beruhenden Einrichtungen zur Erhaltung der Minderwertigen oder die freiwillig arbeitende Verwaltungstätigkeit.“ Es ist richtig, daß der Nichterwerbende mit Besitz nicht auf die öffentliche oder private Armenunterstützung angewiesen, aber deshalb wird er genau so gut von anderen unterhalten wie der mittellose Nichterwerbende. Von den blanken Goldstücken und den blanken Danknoten seiner Million kann er sich weder nähren noch heiden, sie erhalten erst Wert für ihn, wenn er damit die Arbeit anderer in Gestalt von Lebensmitteln, Kleidungsstücken usw. kauft. Der nichtschaffende reiche Wummler wie der nichtschaffende arme Wummler leben beide auf Kosten der Allgemeinheit, der reiche nur viel besser als der arme Wummler, und das ist der einzige Unterschied.

Die Untersuchungen des preisgekrönten Autors beziehen sich, da nach seiner Meinung die Nichterwerbenden von dem Staat und die Gemeinde nichts kosten, nur auf die vertriebenen Nichterwerbenden, die er mit Vorliebe die „Minderwertigen“ nennt. Er teilt sie ein in solche, die nicht schaffens können und solche, die nicht schaffens wollen: „Zur ersten Gruppe zählen solche Individuen, die auf Grund der Naturgesetze über Werden und Vergehen alles Organischen vorübergehend oder dauernd nicht in der Lage sind, wirtschaftliche Werte zu schaffen, also Kinder, Greise und körperlich oder geistig Kranke. Zur zweiten Gruppe gehören solche, die aus moralischen Gründen nicht willens sind, für ihren eigenen oder ihrer Familie Unterhalt zu sorgen.“ Das klingt sehr plausibel, aber diese Einteilung, so einfach sie auch ist, hat doch ihren Haken. Kinder, Greise und Kranke können nicht arbeiten, die anderen aber wollen nicht arbeiten. Wenn nur das Nichtkönnen von dem Nichtwollen so scharf zu trennen wäre, wenn nur der Mangel an Willen nicht vielfach auf eine Krankheit oder auf einen Umstand zurückzuführen wäre, der auch den besten Willen lähmt!

Vor ganz wenig Wochen hat das preussische Herrenhaus über einen konservativen Antrag verhandelt, die Schulspflicht bis auf das 16. Lebensjahr auszudehnen. Der Antrag war selbstverständlich reaktionären Gründen entgegen, was schon daraus hervorging, daß die Sommerferien freibleiben sollte, damit die Landjugend von den Agrarierführern ausgenutzt werden könnte. Begründet wurde der Antrag mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, die

Jugend länger als bisher einer heilsamen Zucht und Ordnung zu unterwerfen, d. h. mit Hilfe des Vaters in konservativem Sinne zu erziehen. Einer der Edelsten und Besten des Hauses der Herren, Graf Gaeffeler, meinte: „Wenn die Jungen und Mädels mit 14 Jahren in die Fabrik gehen, so werden sie an Seele und Leib verdorben.“ Ein anderer Herrenhäusler, Graf v. v. Schulenburg, stimmte dem Redner zu und meinte in anerkennenswerter Selbsterkenntnis: „Wenn wir, die Mitglieder dieses hohen Hauses, vom 14. Jahre an unbeaufsichtigt gewesen wären, so wäre aus uns allen nichts geworden — aus mir ganz sicher nichts.“ So deutlich bei alledem der reaktionäre Pferdefuß hervortritt und so gewiß aus der weitaus größten Mehrzahl der schulentlassenen Arbeiterjugend, auch wenn sie vom 14. Jahre ab der Fabrik übergeben wird, brave und tüchtige Menschen werden, so liegt in dem konservativen Getriebe und Gerede doch ein Körnchen Wahrheit.

Nicht alle, auch nicht einmal die meisten, aber doch manche Jungen und Mädels holen sich, wenn sie, in jeder Beziehung unentwickelt, nach der Schule der vollen Wucht der wirtschaftlichen Ausbeutung überlassen werden, einen Schaden fürs ganze Leben. Somit, die Gewerbeordnung untersagt die Beschäftigung von Unter-Sechzehnjährigen in Fabriken über 10 Stunden hinaus. Man redet in diesem Falle von „jungen Leuten zwischen 14 und 16 Jahren“; in Wirklichkeit handelt es sich in diesem Alter um Kinder, um in jeder Beziehung unentwickelte Menschenwesen, für die eine zehnstündige Fabrikarbeit ein ständiger Angriff auf ihre leibliche, geistige und sittliche Gesundheit ist, gar nicht zu gedenken der „jungen Leute“, die nicht einmal der Gewerbeordnung unterstehen und uneingeschränkt ausgebeutet werden dürfen. Mancher erliegt früh dem Uebermaß der auf ihn eindringenden Schädigungen gesundheitlicher Art; mancher holt sich hier den Keim zu einem später ausbrechenden Stiehmum; mancher wird abgestoßen von der Dede, der Schwere und der Dauer der ihm aufgelegten Arbeit, läuft davon, irrt umher und gerät auf Abwege, um schließlich mit jungen Jahren vielleicht schon bei der Schwärze derjenigen zu landen, die man als „Minderwertige“ bezeichnet. Wenn sie an ihrem Wert als Menschen und Arbeiter Einbuße erlitten haben, so liegt das nicht an ihnen, sondern an der minderwertigen Gesellschaft mit ihren minderwertigen Gesetzen!

Mit 14 Jahren 10 Stunden Fabrikarbeit, mit vollendetem 16. Lebensjahre, also in einem Alter der Halbreise, schon die volle Wucht der unbeschränkten Ausbeutung! Es gibt eine Vereinigung für internationalen Arbeiterschutz; zu den vielfachen Forderungen dieser Vereinigung gehört auch das Verbot der Nacharbeit Jugendlicher sowie die Erhöhung des Schulalters auf das 18. Lebensjahr. Wie jüngst in einer Versammlung der Gesellschaft für soziale Reform Prof. E. Franke mitteilte, ist die letztere Forderung in einer großen Reihe außerdeutscher Länder bereits verwirklicht. In Deutschland aber enden die Schutzbestimmungen mit dem vollendeten 16. Lebensjahre; der Arbeiter wird schon auf einer Entwicklungsstufe, wo er dem Kindesalter noch weit näher ist als dem Mannesalter, der uneingeschränkten Ausbeutung ausgeliefert. Und da wundert man sich über das Vorhandensein „Minderwertiger“?

Zur Arbeitsnachweisfrage.

Wir haben in Nr. 19 über die Verhandlungen betreffend die Revision des Musterregulativs für paritätische Arbeitsnachweise im Holzgewerbe berichtet und den vereinbarten neuen Wortlaut des Regulativs veröffentlicht. Es war schon auffällig, daß der christliche und Girsch-Dundersche Verband mit der Veröffentlichung zunächst zuwarteten. Nun sie sich dazu doch gezwungen sehen, begleiten beide dieselbe mit Bemerkungen, die wir zur Steuer der Wahrheit mit ganzer Entschiedenheit sofort zurückweisen müssen.

Der christliche „Holzarbeiter“ schreibt, der Passus von der vorzunehmenden Revision des Musterregulativs und dessen zukünftige Anwendung für die neu zu errichtenden Arbeitsnachweise sei „ohne vorheriges Wissen sowohl unseres (des christlichen) Verbandes wie des Gewerbevereins der Holzarbeiter (G.-V.) in den Schiedspruch hineingekommen“. Etwas vorsichtiger drückt sich die „Eiche“, das Organ des Gewerbevereins, aus, mit dem Satz „die Arbeitsnachweisfrage ist nicht auf unser Betreiben in den Schiedspruch hineingebaut worden“. Aber sie spricht außerdem von einer „falschen und entstellten Darstellung von dem Gang der Verhandlungen in der sozialdemokratischen Gewerkschaftspressen“ und behauptet schließlich dem Sinne nach dasselbe wie das christliche Organ, nämlich, daß der

Deutsche Holzarbeiterverband erst nach dem Schiedspruch die Verständigung mit dem Gewerbeverein herbeigeführt habe.

In diesen Behauptungen ist nur richtig, daß allerdings die Entscheidung über die Frage des Arbeitsnachweises lediglich auf Betreiben des Deutschen Holzarbeiterverbandes in den Schiedspruch des Freiherrn v. Berlepsch hineingekommen ist. Aber mit Wissen und Einverständnis der Vorstandsvertreter des christlichen und Girsch-Dunderschen Verbandes!

Am 2. Februar hatte unser Vorstand die Vertreter der beiden anderen Verbände zu einer Konferenz geladen, in welcher unsere Vorstandsvertreter die in Aussicht genommene Taktik für die bevorstehenden Verhandlungen mit dem Arbeitgeberschutzverband (unter der Leitung des Freiherrn v. Berlepsch) vortrugen und dabei auch mitteilten, daß eine der Bedingungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes für die Einigung mit den Arbeitgebern auch die endgültige Anerkennung des Musterregulativs für paritätische Arbeitsnachweise sein werde. Am 3. Februar begannen dann die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus, und in dem offiziellen Protokoll der ersten Sitzung heißt es in der Wiedergabe der ersten Rede unseres Kollegen Leipart: „Außer den schon erwähnten Streitpunkten werde auch über die Anerkennung des früher vereinbarten Vertragsmusters und des Musterregulativs für paritätische Arbeitsnachweise noch mit zu entscheiden sein.“ Nach längerer Debatte, in welcher der Vertreter des christlichen Verbandes seinen abweichenden Standpunkt dargelegt hatte, einigten sich die Parteien dahin (laut Protokoll): „Die Arbeitsnachweisfrage unter Zugiehung der Ortsvertreter von Berlin und Leipzig morgen zu besprechen und von dem Resultat dieser Verhandlung spätestens Mittwoch dem Plenum Kenntnis zu geben.“

Darauf luden unsere Vorstandsvertreter diejenigen des christlichen Verbandes und des Gewerbevereins am 4. Februar nach Schluß der offiziellen Verhandlungen zu einer Sonderberatung über die Arbeitsnachweisfrage ein und unterbreiteten denselben bereits an diesem Abend einen Entwurf für die Abänderung des alten Musterregulativs von 1907, wie sie der Deutsche Holzarbeiterverband zwecks Herbeiführung einer Verständigung selbst beantragte. Die Vorschläge, die unsere Kollegen an diesem Tage machten, stimmten in ihrem Wortlaut bereits fast genau mit der jetzt vereinbarten und unterschriebenen Fassung des Musterregulativs überein. Und die christlichen und Girsch-Dunderschen Vertreter erklärten sich am 4. Februar ausdrücklich damit einverstanden, daß das Regulativ auf dieser Grundlage geändert und alsdann auch von ihnen anerkannt werde.

Hiernach konnte unser Kollege Leipart, der in Gemeinschaft mit Herrn Rahardt als Vertrauensmann des Unparteiischen v. Berlepsch von diesem zur engeren Beratung vor der Fällung des Schiedspruches berufen war, auf die Frage des Herrn v. Berlepsch wahrheitsgemäß mitteilen, daß die drei Arbeiterverbände sich in der Frage des Arbeitsnachweis-Regulativs im Prinzip einig geworden seien.

Es ist demzufolge eine ziemliche Dreistigkeit, wenn von christlicher und Girsch-Dunderscher Seite jetzt öffentlich behauptet wird, der Schiedspruch in diesem Punkt sei ohne ihr Vorwissen zustande gekommen. Daß diese Behauptung der Wahrheit zuwiderläuft, haben wir durch Anführung der Daten über die dem Schiedspruch vorausgegangenen Verhandlungen klar nachgewiesen. Denn der Schiedspruch wurde bekanntlich erst am 8. Februar gefaßt. Auch wären wir leicht in der Lage, noch zu beweisen, daß am 26. Februar, als es sich um die definitive Verständigung mit den Vertretern der beiden Verbände über den Wortlaut des Regulativs handelte, wie er dem Vorstand des Schutzverbandes vorgelegt werden sollte, nur verhältnismäßig geringfügige Änderungen mehr vorgenommen wurden. Das zeigt doch, daß im großen und ganzen die Verständigung tatsächlich schon vorher, nämlich bei der legitimsten Besprechung am 4. Februar, erzielt worden war.

Daß die Organe der beiden Verbände in ihren erwähnten Veröffentlichungen außerdem den neuen Bestimmungen des Regulativs einen Sinn unterlegen, der ihren seitherigen Ansichten möglichst günstig ist, kann uns nicht alterieren. Eine Diskussion darüber mit ihnen hätte auch absolut keinen Wert, da es lediglich auf die Praxis ankommt, wie die Arbeitsvermittlung auf der Grundlage des Musterregulativs sich gestalten wird. Und da vertrauen wir auf die Einsicht und Vernunft aller Kollegen und auch der einsichtigen Arbeitgeber, daß sie den Wert und das Interesse der Gesamtheit an einer geordneten Ar-

beitsvermittlung immer mehr erkennen werden. Wollen die beiden Verbände etwa auch in Zukunft hierbei nicht ehlich mitarbeiten, so ist das zwar bedauerlich, wird aber zum guten Glück an dem Gang der Entwicklung wenig ändern.

Aus den Jahresberichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten.

Der Leichtsinn, jungen Leuten die Wartung von Dampfseilen zu übertragen, ist keineswegs selten. Im Bezirk Potsdam wurde ein Sägewerksbesitzer, der trotz Verwarnung die billige Arbeitskraft eines sechzehnjährigen Burschen für diesen Zweck nicht missen wollte, mit 10 Mk. Geldstrafe belegt. Sehr abschreckend ist die dieses Urteil nicht finden. Als eine ungeeignete Beschäftigung bezeichnet mit Recht der Bericht aus Schleswig die Bedienung der gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen durch jugendliche Arbeiter. Der Beamte bezeichnet es als einen Erfolg, daß es ihm gelang, die Betriebsleitung zu einer anderweitigen Beschäftigung der jungen Leute zu bewegen. Aus dem Bezirk Trier wird von zwei Sägewerksbesitzern berichtet, welche die gelinde Strafe, die ihnen das Gericht wegen der eifständigen Beschäftigung jugendlicher Arbeiter zudiktirt hatte, als Aufmunterung betrachteten, diese Gesetzwidrigkeit fortzusetzen. Sie wurden erneut zur Anzeige gebracht und nun für jeden Fall der Zuwiderhandlung mit 10 Mk., insgesamt mit etwa 100 Mk. bestraft.

In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe wurden in 586 Betrieben Verstöße gegen die Bestimmungen betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter festgestellt. Wenn darunter auf eine große Zahl von Verstößen gegen Ordnungsvorschriften wie Führung der Arbeitsbücher und Anzeigen, Verzeichnisse und Ausbänge entfallen ist, so ist die Zahl der Verstöße gegen den eigentlichen Jugendschutz keineswegs gering. Unter anderem wurden Verstöße ermittelt bezüglich der Dauer der Beschäftigung in 26 Betrieben bei 28 Kindern und in 40 Betrieben bei 88 jungen Leuten. In 68 Betrieben wurden 159 Jugendlichen nicht die vorgeschriebenen Pausen gewährt; in 2 Betrieben mit 4 Jugendlichen wurden Verstöße gegen die Bestimmungen betreffend Nachtarbeit und in 5 Betrieben mit 6 Jugendlichen gegen die betreffend Beschäftigung an Sonn- und Festtagen festgestellt. Wegen dieser Zuwiderhandlungen wurden 88 Personen bestraft. Außerdem erfolgten noch 16 Bestrafungen wegen in früheren Jahren festgestellter Zuwiderhandlungen, und 19 Strafverfahren waren beim Abschluß des Berichtes noch nicht beendet.

Ueber die Höhe der Strafen gibt die Tabelle keine Auskunft, im allgemeinen fallen aber die Strafen wegen Verstößen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen sehr milde aus. Namentlich besteht zwischen der Höhe der Strafe und dem Gewinn, den der Unternehmer aus seinem geschwändigen Verhalten gezogen hat, ein solches Mißverhältnis, daß selbst die so zurückhaltenden Gewerbeinspektoren eine miß-

billigende Meinungen über die Gefährlichkeit der Strafe nicht unterdrücken können.

Nachlich wie mit den Vorschriften zum Schutz der jugendlichen Arbeiter ist es mit denen, welche die Arbeiterinnen vor zu weitgehender Ausbeutung schützen sollen. Bedauerlicherweise nehmen die Gerichte eine übertriebene Rücksicht auf die Ausbeutungsfreiheit der Unternehmer. Bezeichnend hierfür ist, was aus dem Bezirk Oepeln berichtet wird. Auf Grund des § 137 Abs. 7 der Gewerbeordnung dürfen Arbeiterinnen seit dem 1. April 1912 nicht mehr „zum Transport von Materialien bei Bauten aller Art“ verwendet werden. Ein Baunternehmer, der große Pflastersteine auf den Straßen von Arbeiterinnen pugen, zu einem Haufen stapeln und dann an ihren Bestimmungsort bringen ließ, wurde vom Schöffengericht und Landgericht freigesprochen, weil die Gerichte in dieser Arbeit keinen Transport von Baumaterial erblickten konnten. Ebenso betrachten die Gerichte das von Arbeiterinnen besorgte Be- und Entladen der Transportwagen in Tiefbaubetrieben als zulässige Arbeit. Daß diese Richter den Sinn des Arbeiterschutzes richtig erfassen haben, wird man kaum behaupten wollen. Auf das schärfste aber muß es gerügt werden, daß Vater Staat den Umstand, daß seine Betriebe der Gewerbeaufsicht nicht unterstehen, sich in der Weise zunutze macht, daß er dem erwähnten, allerdings nur für die Privatindustrie geltenden Verbote zuwider bei den Ausbesserungsarbeiten am Bahnkörper Frauen zum Transport von Materialien heranzieht.

Die Unfallstatistik der Gewerbeinspektion ist unvollständig, sie umfaßt nur die Unfälle, bei deren Untersuchung Gewerbeaufsichtsbeamte zugezogen waren. Insgesamt waren das 29 167 Unfälle gegen 26 950 im Jahre 1911. Von den Unfällen kommen 14 040 auf die der Aufsicht der Bergbehörden unterstehenden Betriebe, es verbleiben also für die Betriebe, welche der Aufsicht der Gewerbeinspektion unterstehen, 15 127 Unfälle, davon kommen allein 1043 auf die Holzindustrie. Zieht man in Betracht, daß von den insgesamt 3 579 771 Arbeitern, welche der Gewerbeinspektion unterstehen, 249 286 auf die Holzindustrie entfallen, dann ergibt sich, daß in der Gesamtindustrie in Preußen auf je 1000 beschäftigte Arbeiter 42,2 Unfälle kommen, in der Holzindustrie aber 77,9. Ist, wie gesagt, diese Unfallstatistik auch nicht vollständig, so illustriert sie doch die Unfallgefahr in der Holzindustrie.

Schwere Unfälle an Gattersägen, die aus den Bezirken Königsberg und Danzig gemeldet werden, — in dem einen Fall trug der Verletzte einen schweren Armbruch davon, der andere Unfall verlief tödlich — waren die Folge unzureichender Sicherung der Gatter während der notwendigen Reparaturarbeit. Im Bezirk Coblenz wurde der Sohn eines Zimmermeisters vom Sägegatter erschlagen. Dieses war auf dem höchsten Punkt durch die Bremse festgestellt; schlug aber herunter, weil der aus Gußeisen, statt aus zähem Material hergestellte Bremshebel zerbrach. Einen schweren Unfall an der Kreisäge

meldet der Bericht aus den Bezirken Gumbinnen und Allenstein. In einer Sägenfabrik wollte ein Arbeiter ein in der Sägerinne festgestimmtes Stückchen Holz entfernen, hier wurde ihm die Hand abgeschlitten. Dieser Unfall wäre vermieden worden, wenn der Spaltteil hoch genug angebracht gewesen wäre.

Die Vorfälle der Mundwelle an der Abriechmaschine gegenüber der Bierantwelle sind jetzt allgemein anerkannt, trotzdem bedurfte es z. B. im Bezirk Arnswalde aber auch anderwärts, noch mehrfach des Erlasses polizeilicher Verfügungen, um die Einföhrung der Mundwelle zu erzwingen. Im Bezirk Posen teilte ein Unternehmer, bei der Erprobung der Bierantwelle durch eine Mundwelle aufgegeben war, der Gewerbeinspektion mit, daß er die Maschine außer Betrieb gesetzt habe. Bald nachher erlitt aber ein Arbeiter einen Unfall an dieser Maschine. Gegen den Unternehmer wurde ein Strafverfahren eingeleitet, das aber noch nicht abgeschlossen ist. Sehr beachtlich ist die in Westlauer Bericht enthaltene Warnung vor der Umarmung vierkantiger Wellen in runde, weil sich die nachträglich angebrachten Stücke leicht ablösen, abfliegen und dadurch Menschen gefährden. Von großem Reichthum zeugt ein tödlicher Unfall, der in dem Bericht für die Bezirke Stettin und Strasund erwähnt wird. Dort sollte in einer Holzbearbeitungsfabrik an einer Transmissionswelle ein Fahrrad erneuert werden. Hierzu mußte die Welle aus dem Lager gehoben werden. Dies geschah in vollem Betrieb, ohne Stillsetzung der Antriebswelle oder Entferrnung des Riemens. Der auf der abzuhebenden Welle schließende Riemen riß diese aus den Händen der Arbeiter. Einer von ihnen wurde getroffen, fortgeschleudert und starb am nächsten Tage an den erlittenen Verletzungen. Nicht minder reichsinnig handelte ein älterer Mobellschler im Bezirk Münster, der eine Holzscheibe von 400 Millimeter Durchmesser und 85 Millimeter Stärke bei etwa 800 Umdrehungen abdrehte. Die Scheibe zerbrach, und ein Stück davon traf den Arbeiter tödlich am Kopf. Der Getösch hätte wissen müssen, daß man einer Scheibe von der angegebenen Größe, sofern sie nicht aus kreuzweise zusammengeleimten Platten besteht, eine so bedeutende Umdrehungszahl nicht geben durfte.

Interessante Beobachtungen über die Ursachen der Unfallhäufigkeit wurden im Bezirk Frankfurt a. O. angestellt. Es heißt darüber im Bericht: „Der Vergleich zweier Holzbearbeitungsbetriebe zeigte die auffallende Tatsache, daß der eine sehr viele Unfälle, der andere dagegen fast gar keine aufzuweisen hatte. Im ersteren war die Unfallzahl auch unverhältnismäßig größer als in anderen gleichartigen Betrieben. Dabei war in beiden Anlagen die Einrichtung und die Intensität der Arbeit die gleiche. Zur Erklärung konnte nur die Tatsache herangezogen werden, daß der unfallreiche Betrieb infolge mangelhafter finanzieller Lage des Unternehmers gezwungen war, bei häufigem Wechsel minderwertiger Arbeiter zur Bedienung der Maschinen anzustellen, während die andere Fabrik über einen allen Stamm gut eingewählter Ar-

Von der Zunft zur Gewerkschaft.

Die Geschichtsschreibung der einzelnen Gewerkschaften kommt in neuerer Zeit immer mehr in Flor. Zu den Werken, die in den letzten Jahren auf diesem Gebiete erschienen sind, tritt jetzt ein neues. Der Verband der Steinseher, Pflasterer und Berufs-genossen hat seinen Vorsitzenden Alexander Knoll beauftragt, eine Geschichte des Verbandes zu schreiben. Von dieser „Geschichte der deutschen Steinseherbewegung“ liegt nunmehr der erste Band vor. Wenn die beiden noch zu erwartenden Bände das halten, was dieser erste Band verspricht, dann wird sich die Geschichte der deutschen Steinseherbewegung den besten der bereits erschienenen Gewerkschafts-Monographien würdig zur Seite stellen können.

Das ganze Werk ist auf drei Bände berechnet, von denen der vorliegende der zweite ist. Er behandelt die Berliner Steinseher-Gesellschaft 1732 bis 1893. Der noch nicht erschienene erste Band soll die Geschichte der Straße bzw. des Straßenbaues und die Geschichte der Steinseherzünfte enthalten. In diesen Band gliedert sich der vorliegende organisch an und erst der dritte Band wird die eigentliche Geschichte des Steinseherverbandes bringen.

Für die ausführliche Behandlung der Berliner Steinseherbewegung ist der Verfasser im Vorwort gute Gründe an. Einmal lag hierfür ein verhältnismäßig gutes Material vor, dann aber hat sich das Zunftwesen in seiner ausgeprägtesten Form gerade in Berlin bis in die neueste Zeit erhalten und schließlich gebildet Berlin deshalb ein Zentrum, weil es der Ausgangspunkt der Bewegung ist, die zur Gründung des Verbandes führte.

Das Gewerbe der Steinseher ist verhältnismäßig jung; das Pflastern der Straßen kam in den deutschen Städten erst beim Ausgange des Mittelalters in Gebrauch. In Nürnberg und Augsburg, die damals mit die bedeutendsten Städte Deutschlands waren, wurde erst im 14. und 15. Jahrhundert mit dem Pflastern der Straßen begonnen. In Berlin, dessen Blüte erst viel später begann, dachte man damals noch lange nicht an solches Pflastern. Das erste Pflastern welches auf das Vorhandensein besonderer Straßen in Berlin schließen läßt, ist eine im Jahre 1515 vom kurfürstlichen Baumeister erlassene Polizeiverordnung der Städte. Aber damals dürfte das Pflastern in den Berliner Straßen noch eine seltene Erscheinung gewesen sein; auch noch der große Kurfürst im 17. und 18. Jahrhundert hat die Pflasterarbeiten noch energiglos vernachlässigt, so erzwangen, aus dem Umstand, daß in einer obigen Tagordnung vom 17. März 1622 236mal für Steinseher festgesetzt sind, darf

geschlossen werden, daß damals die Steinseherei schon ein selbständiges Gewerbe war.

Eine formelle Steinseherinnung existierte damals in Berlin nicht, doch deuten manche Momente darauf hin, daß es unter den Steinsehern nicht an organisatorischem Zusammenhang fehlte. Die wenig zahlreichen Angehörigen des Gewerbes waren meist aus dem kulturell höher stehenden West- und Süddeutschland zugezogen, wo zum Teil schon alte Steinseherzünfte bestanden. Auf diesem Wege dürfte der Zunftgedanke unter den Steinsehern nach Berlin gekommen sein; dokumentarische Nachweise aus jener Zeit existieren jedoch nicht. Die Berliner Steinseherinnung datiert ihre Gründung auf das Jahr 1732. In diesem Jahre hat der König von Preußen einem Steinseher Schmidt die Konzeption zum Vertriebe des Steinsehergewerbes erteilt und damit das Gewerbe für zunftmäßig erklärt. Diese Urkunde bedeutet aber eigentlich nur die Verleihung eines Monopols für den Meister, durch welches sich die anderen Steinseher in ihrer Existenz bedroht fühlten. Sie machten Eingaben an die Behörden und erreichten dann schließlich, daß das Monopol beseitigt und auch den anderen Steinsehermeistern die selbständige Ausübung des Gewerbes gestattet wurde. „Zunungs-Privilegium und Gült-Brief für die Steinseher in der Residenz-Stadt Berlin“, welche das Buch nach dem Original wiedergibt, sind vom 28. März 1733 datiert.

Die Zunft der Steinseher dürfte eine der jüngsten Zünfte sein, um so bemerkenswerter ist es, daß sich die Zunftverhältnisse in diesem Gewerbe mit am längsten erhalten haben. Daß die Meister des Gewerks auf die Wahrung ihrer Privilegien bedacht waren und sich bemühten, den Fortschritt der Zunft zu konservieren, ist erklärlich; solche Geister, deren Ideale in vergangenen Jahrhunderten liegen, gibt es auch in anderen Kreisen. Wertwüdig ist aber das zähe Festhalten der Arbeiter an den Zunungsprivilegien, die noch zu einer Zeit heilig gehalten wurden, als der Gedanke der modernen Arbeiterbewegung bei den Arbeitern anderer Berufe schon längst Wurzel geschlagen hatte. Dabei war die gute, alte Zeit der Zunungsgerichtsbarkeit, für die Gesellen wenigstens, nichts weniger als herrlich. Durch die Gesetze waren sie den Meistern zur widerstandslosen Ausbeutung überliefert. Wie es noch um das Jahr 1820 herum mit den Meistern der Gesellen befaßt war, zeigt die Wiedergabe einiger Akten der Berliner Gewerbeinspektion, aus denen hervorgeht, daß die Meister berechtigt waren, Straflagen gegen solche Gesellen anzuklagen, die ihre Arbeit veräußert und inzwischen für eigene Rechnung gearbeitet haben. Die angeklagten Gesellen wurden eb solcher Missetaten vom Gewerbeamt des Magistrats kurzerhand auf ein bis drei Tage bei Wasser und Brot in den Arrest gesteckt. Wiederholt werden Lehrlinge wegen Arbeitsverweigerung von

Arbeitswegen ausgepeitscht. So erhält, um nur ein Beispiel anzuführen, im Jahre 1826 ein Lehrling wegen Verweigerung der Sonntagschule 48 Stunden Arrest und acht Peitschenhiebe. Das war aber nicht der letzte verurteilende Fall, noch bis in die vierziger Jahre wurden Lehrlinge vom Büttel ausgepeitscht. Das war die gute alte Zeit!

Das Sturmjahr 1848 fand die Steinsehergesellen in Berlin in tiefem Schlaf, an der Märzrevolution haben sie sich nicht beteiligt; dafür erhielten sie aber von der Polizei die Genehmigung, am 24. Juni ihr hundertjähriges Lebensfest durch einen feierlichen Wagenzug zu begehen. Ganz spurlos ist aber der Revolutionssturm an den Berliner Steinsehern nicht vorübergegangen. Am 8. April haben ihnen die Meister freiwillig die 10 stündige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung um täglich zwei Groschen sechs Pfennige gewährt. Die Freude dauerte aber nicht lange; ein Jahr später, als die Reaktion wieder Oberwasser hatte, wurden die Zugeständnisse wieder zurückgezogen. Es scheint, daß daraufhin der Gedanke eines Streiks erwogen wurde, doch glaubt Knoll nicht, daß es dazu gekommen ist.

Daß die Berliner Steinseher so lange an den Zunungsprivilegien und Zunftgebräuchen, wozu insbesondere auch die hohen Loskaufgebühren der Ausgesessenen und die strenge Fernhaltung der nichtzünftigen Arbeiter von der Organisation gehörten, festhielten, dürfte neben anderen Ursachen zu einem guten Teil auf den Mitgesellen Mangel zurückzuführen sein, der von 1865 bis 1890 die Interessen der Steinseher vertrat. Knoll entwirft ein interessantes Charakterbild von diesem Mann, den er den „letzten Künstler“ nennt. Auf seinen Einfluß war es wohl wesentlich zurückzuführen, daß der moderne Gewerkschaftsgedanke unter den Berliner Steinsehern so schwer Eingang fand. Es hat langer und heftiger Kämpfe innerhalb der Steinsehergesellschaft bedurft, ehe die Vertreter der gewerkschaftlichen Idee den endgültigen Sieg davontrugen.

Wenn man die Geschichte der Gewerkschaften rückwärts verfolgt, wird man des öfteren gewisse Fäden entdecken, die von den alten Zünften zur modernen Arbeiterorganisation hinüberleiten. In der Geschichte der Berliner Steinsehergesellschaft trifft dieser Zusammenhang besonders deutlich in Erscheinung und Knoll hat es verstanden, die Kämpfe, die zwischen den Vertretern der überlebten alten Zeit und der gegen sie anstürmenden lebensfrischen Jugend ausgefochten wurden, plastisch herauszuarbeiten. Durch die vielen Urkunden, die er zum Teil im Text verstreut, teils als getreue Wiedergabe des Originals dem Buche beigegeben hat, wird dessen kulturgeschichtlicher Wert noch erhöht. Die Geschichte der deutschen Steinseherbewegung dürfte, nach dem vorliegenden Bande zu urteilen, eine wertvolle Bereicherung der Literatur über die deutschen Gewerkschaften werden.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Rahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Zischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Apolda (Apollowerle), Arnstadt, Bremerbörde (Braach), Breslau (Gersch, Knappe), Bruchsal (Schilling), Dachau bei München, Dannenberg a. d. S. (W. Biesnitz), Deutsch-Neudorf in Sachsen, Johanngeorgenstadt (Kny), Kohnitz, Lauterberg a. Harz, Leer in Ostfriesland (C. F. Neuter Söhne), Liegnitz (Felix Hübner), Löchnitz in Pommern, Neuhaldensleben (Gebr. Fride), Oberkarsdorf bei Dippoldiswalde (Franz Heide), Othershausen im Erzgebirge, Ortelshaus i. Ostpr., Schmiedeburg, Bezirk Dresden (Buschmühle), Schwerin in Mecklenburg (Wieser), Uskar, Werden an der Aller, Waltershausen, Weissenfels (Schmidt, Niehlau, Bach), Wilster in Holstein (Wulstau Nau), St. Gallen (Schweiz), Paris (Wagenbauarbeiten).
- Modellfischlern nach Saalfeld a. Saale (Aug. Reifmann), Dortmund (Wagner u. Co.), Basel (C. und E. Rudin).
- Drechsler und Polierer nach Hamburg (Vulkanfabrikfabriken), Lauterberg a. Harz.
- Parteiliegern nach Charlottenburg (Arbeitsnachweis des Berufsvereins der Berliner Parteiliegern, Uhlendstraße).
- Bergleutern, Grubierern, Berzlerern und Farbigmachern nach Altona-Ottensen (Wahr u. Gehrens), Herrenberg, Glattbrugg bei Zürich (Dollers).
- Bäcker- und Pinselmachern nach Frankfurt a. M. (Gustav Topp), Nürnberg, Reinfeld i. Holstein, Schopploch.
- Korbmachern nach Langenberg bei Nies a. S., Neugelle (Meißel, Grimm, Koad).
- Stellmachern nach Brandenburg a. S. (Nichter), Liegnitz (Felix Hübner), Paris und Vororte.
- Sägern nach Stuhhaus i. Thür.

beiter verfügte." Auf die Tatsache, daß die Beschäftigung ungeschulter Arbeiter an den Maschinen die Unfallgefahr ganz bedeutend erhöht, ist von unserem Verband schon des öfteren hingewiesen worden. In den amtlichen Statistiken über die Unfallsachen, die von den Berufsgenossenschaften ausgemacht werden, spielt aber dieses Moment keine Rolle. Hier handelt es sich ja auch nur darum, nachzuweisen, daß ein großer Prozentsatz der Unfälle auf die Schuld der Arbeiter zurückzuführen ist, und gedankenlose Schwäger benutzen dieses Material, um es als Beweis für die Rentenschuld der Arbeiter zu verwenden.

Die Bemühungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zur Bekämpfung der Unfallgefahren werden im Berliner Bericht anerkannt. Es wird dort ausgeführt: „Eine Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Unfallverhütung ist in der Holzindustrie angebahnt. Hier hat sich eine Unfallschutzkommission der an den Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Groß-Berlins gebildet, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, die Arbeiter über Unfallschutz aufzuklären und in geeigneten Fällen an Gewerbeinspektion und Berufsgenossenschaft behufs Abstellung von Mängeln heranzutreten. In einer Anzahl von Fällen hat sie schon auf vorhandene Mängel aufmerksam gemacht. Wenn ihre Tätigkeit dauernd in objektiver Weise erfolgt, so kann sie ersprießliche Folgen zeitigen.“ Bekanntlich besteht eine solche Unfallschutzkommission nicht nur in Berlin, sondern in allen größeren Städten. Ihre Einrichtung und ihr Wirken wird seit dem 11. November 1911 in München abgehaltenen Maschinenarbeiterkonferenz planmäßig organisiert. Eine Frucht dieser Konferenz ist auch die Schaffung unserer Wanderausstellung für Unfallschutz in der Holzindustrie, die bereits in einer Reihe von Städten mit großem Erfolg gezeigt wurde, und die zurzeit eines der Ausstellungsobjekte unseres Verbandes auf der Internationalen Bauausstellung in Leipzig ist. Dieser Wanderausstellung wird auch im Bericht für den Regierungsbezirk Wiesbaden Erwähnung getan. Es heißt dort: „Wegen der oft zu beobachtenden Gleichgültigkeit der Arbeiter gegen die Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen verdient das Vorgehen des Deutschen Holzarbeiterverbandes Anerkennung, der im Berichtsjahre in Frankfurt a. M. eine Ausstellung von Schutzvorrichtungen in guten Modellen und Abbildungen heranzustellen. Der rege Besuch, den die Ausstellung erfuhr, läßt erwarten, daß der Erfolg nicht ausbleibt.“ (Schluß folgt.)

Holzarbeiterversammlung in London.

F. W. Am Mittwoch, den 14. Mai, fand in der Memorial Hall in London eine Holzarbeiterversammlung von historischer Bedeutung statt, die von einem gemeinsamen Komitee der verschiedenen Londoner Holzarbeitergewerkschaften einberufen war. Der in Deutschland gut bekannte Parlamentsabgeordnete und Kollege James O'Grady führte den Vorsitz in dieser Versammlung, die stattfand, um die erst kürzlich erfolgreich beendete Bewegung der Londoner Möbelarbeiter, bei der die Bauhölzer durch Sch-

palhiefreist mitwirkten, zu feiern. Zugleich sollte auch dem Kollegen Leipart, der einer Einladung unserer englischen Bruderorganisation folgend, in London weilte, um an einer Delegiertenkonferenz der Möbelarbeiter teilzunehmen, Gelegenheit gegeben werden, zu unseren englischen Kollegen zu sprechen. So bildete denn auch Leiparts Rede den Mittelpunkt der in dieser denkwürdigen Versammlung gehaltenen Ansprachen. Nach den einleitenden Worten des Vorsitzenden O'Grady, der in seiner Begründungssprache der tatkräftigen Unterstützung gedachte, die den englischen Möbelarbeitern bei ihrem vorjährigen schweren Kampfe von den deutschen Kollegen zuteil geworden war, feierten mit kurzen kernigen Worten einige englische Kollegen den erfolgreichen Lohnkampf und die gemeinsame Aktion der Londoner Bau- und Möbelschleifer und betonten, daß in Zukunft ihre Lohnbewegungen gemeinsam geführt werden müssen, da sie einem koalitierten Unternehmertum gegenüberstünden.

Darauf nahm, von großem Beifall empfangen, Kollege Leipart das Wort, der folgendes ausführte: „Werte Kollegen! Es ist meines Wissens das erstmal, daß ein Vertreter der deutschen Holzarbeiter in offiziellem Auftrag der Organisation hier in England ist, um zu den englischen Kollegen zu sprechen. Ich überbringe Ihnen die herzlichsten Grüße von den Mitgliedern des Deutschen Holzarbeiterverbandes, in deren Auftrag ich zu Ihnen gekommen bin, um Ihnen die brüderliche und freundschaftliche Gesinnung der deutschen Kollegen auszudrücken. Ich vertrete zugleich aber auch die Internationale Union der Holzarbeiter, deren gewählter Sekretär ich bin, und ich glaube bestimmt versichern zu können, daß die organisierten Kollegen in allen europäischen Ländern, die der Internationalen Union angeschlossen sind, von den gleichen Gefühlen der Solidarität und des Bruderfinns zu Ihnen beseelt sind und daß ich somit mich beauftragt halten darf, Sie und alle Kollegen in Großbritannien im Namen der ganzen Internationalen Union der Holzarbeiter auf das herzlichste zu begrüßen. Es ist für mich nicht nur eine Ehre, sondern auch eine große Freude, daß ich den langgehegten Wunsch jetzt endlich erfüllen konnte, einmal Ihr Land zu besuchen, mit den englischen Kollegen, mit den bei uns in Deutschland so hochgeschätzten Gewerkschaftlern Englands einmal zusammen zu sein. Seit mehr als 25 Jahren stehe ich mit im Vordertreffen der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Ich habe die Zeit persönlich miterlebt, als die deutschen Gewerkschaften aus den winzigen Keimen Anfängen sich allmählich zu entwickeln begannen, jene Zeit, als wir mit so großer, sehnsüchtiger Hoffnung auf das Vorbild der englischen Trades-Unions blickten, sie den unorganisierten Arbeitern in Deutschland immer aufs neue als Beispiel vorhielten, und dabei uns doch niemals zu dem Glauben versteigerten konnten, daß wir das Ideal, auch einstmal so groß und stark zu werden, jemals erreichen würden.“

England ist als das Mutterland der Maschinen und der Fabriken, zugleich auch das Mutterland der Gewerkschaften. Hier in England sind die ersten Maschinen erfunden und angewendet worden, hier gab es die ersten Fabrikarbeiter, hier entwickelte sich zuerst das Proletariat, das sich seiner Klassenlage bewußt wurde und auch zu allererst in der ganzen Welt das Mittel erkannte, das in erster Linie geeignet ist, die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern, nämlich die gewerkschaftliche Organisation. Hier in England wurden die ersten Gewerkschaften gegründet, und hier wurden auch die ersten Lohnkämpfe geführt. England hat der internationalen Arbeiterbewegung sogar auch die Namen für die wichtigsten Kampfmittel gegeben, sowohl der Streik wie der Boykott führen ihre Namen aus der englischen Sprache. Die Arbeiter Englands waren also auch für uns in Deutschland die Lehrmeister in unserem Kampfe um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, um größere Freiheit und mehr Menschenwürde. Und ich freue mich sehr, heute darauf verweisen zu können, daß es uns in jahrzehntelanger Mühe und angestrengter Tätigkeit gelungen ist, dem Beispiel der englischen Kollegen endlich nachzufolgen.“

Kollege Leipart gab dann einen historischen Ueberblick über die Entwicklung und die Zusammenfassung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, der mit annähernd 200 000 Mitgliedern die größte Holzarbeiter-Gewerkschaft der Welt geworden ist. Der Redner behandelte dann die Tarifverträge und betonte, daß wir immer besonders großen Wert auf die Verkürzung der Arbeitszeit gelegt und damit auch gute Fortschritte erzielt haben. In Bezug auf die Lohnverhältnisse führte er die bei den Statistiken 1912, 1906 und 1911 ermittelten Durchschnittsberdienste an, kam dann auf die Unterstützungsanstaltungen zu sprechen und gab ziffernmäßig die Lohnbewegungen vom Jahre 1912, die mit oder ohne Streik durchgeführt wurden. „Aus dem Angeführten“, schloß Leipart, „werden Sie ersehen, daß die Kollegen in Deutschland nicht untätig gewesen sind und daß die Früchte der gewerkschaftlichen Organisation auch bei uns nicht ausgeblieben sind.“

Von Jahr zu Jahr aber werden die Aufgaben schwieriger und erfordern eine immer größere Macht und Stärke der Organisation. Denn auch die Unternehmerverbände sind erstarkt und noch im Wachsen begriffen. Die Kämpfe um höheren Lohn und allgemeine Verbesserung unserer Lage werden nicht aufhören. Wir schöpfen aber aus den Erfahrungen der Vergangenheit die Hoffnung, daß es uns auch in der Zukunft gelingen wird, die unorganisierten Kollegen und den jungen Nachwuchs in immer größerer Zahl für unseren Kampf und für unsere Ziele zu gewinnen. Dann werden wir auch die Aufgaben der Zukunft glücklich zu lösen imstande sein. Wir wünschen und hoffen aber auch, daß die Kollegen in England gleichfalls mit Mut und Ausdauer von Erfolg zu Erfolg weiter schreiten mögen und daß ferner der heutige Tag unseres persönlichen Zusammenseins dazu beitragen möge, die brüderliche Solidarität zwischen den deutschen und englischen Holzarbeitern aller Branchen in der Zukunft noch zu befestigen. Ich werde nach Deutschland zurückkehren mit der festen Zuversicht, daß die englischen Holzarbeiterorganisationen, die der Internationalen Holzarbeiter-Union noch nicht angeschlossen sind, dies in nicht allzu ferner Zeit tun werden.“

Dann einzelne Ausführungen Leiparts schon starken Beifall, so lösten seine letzten Sätze wahre Beifallstürme in der Versammlung aus. Zwei englische Kollegen, ein Bauhölzer und der Generalsekretär der Möbel-

arbeiter bildeten den Schluß im Reigen der Redner, von denen hauptsächlich der letztere, der Kollege Cassip, in einer kurzen temperamentvollen Ansprache die Notwendigkeit der Verschmelzung und Zentralisation der Gewerkschaftsbewegung begründete. Er wies auf Leiparts Rede hin und führte aus, daß eine geschlossene Kampforganisation wie der Deutsche Holzarbeiterverband viel eher imstande ist das koalitierte Unternehmertum zu bekämpfen, wie eine zerstückelte Organisation. Er sagte: „In letzter Zeit habe man so viel von Friedensverhandlungen und von der Notwendigkeit der Erhaltung des Friedens gehört; ich bin gar nicht so für den Frieden eingenommen, wenigstens nicht für den Frieden zwischen Arbeit und Kapital, sondern ich bin dafür, daß unsere englischen und deutschen Kollegen den Krieg erklären, Krieg dem national- und international-organisierten Unternehmertum, bis uns ein größerer Anteil an den Gütern zuteil wird, die wir produzieren.“

Nach einem kurzen Schlußwort O'Gradays wurde die Versammlung mit einem dreifachen „hipp hipp hurra“ auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Soziales.

Die Geschäftseröffnung der „Volksfürsorge“.

Am 27. Juni sind zwei volle Jahre verflossen, seitdem der Gewerkschaftskongress zu Dresden in einer Resolution der Gründung der Volksfürsorge seitens der Gewerkschaften und der Konsumvereine einmütig zustimmte, und nun soll diese endlich am 1. Juli ihren Geschäftsbetrieb voll aufnehmen.

Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche „Volksfürsorge“ übernimmt Versicherungen auf Todesfall sowie auf Lebens- und Erlebensfall, Kinderversicherungen, Sparversicherung sowie Versicherungen mit einmaliger Prämienzahlung. Alles nähere erläutern die in den nächsten Tagen herauskommenden Flugblätter und Prospekte, sowie die Vertrauenspersonen. Über deren Bestellung heißt es in den vereinbarten Grundsätzen des Organisationsplans:

I. Die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften und die dem Zentralverbande Deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften werden mit allen ihren Funktionen in den Dienst der „Volksfürsorge“ gestellt. Hierdurch soll erreicht werden, daß die Verwaltungskosten der „Volksfürsorge“ möglichst gering werden, um die so erzielte Ersparnis den Versicherten zugute kommen zu lassen.

II. Nach Möglichkeit haben deshalb die Eintassierer und Beitragsammler der Gewerkschaften auch die Eintassierung der Prämien für die „Volksfürsorge“ zu übernehmen, wofür ihnen die hierfür festgesetzte Entschädigung zusteht.

III. Ueber die Art der Abrechnung der Beitragsammler, ob direkt mit dem Rechnungsführer oder mit den Ortskassierern der einzelnen Gewerkschaften, muß in jedem Ort eine den Verhältnissen angepaßte Regelung getroffen werden. Die Verantwortung für die Kontrolle hat in jedem Falle der Rechnungsführer zu übernehmen.

IV. Es ist in allen Orten zunächst festzustellen, ob die Gewerkschaften bezw. deren Orts- und Unterkassierer die Arbeit für die „Volksfürsorge“ nach Maßgabe dieses Organisationsplanes und den eventuell noch zu erlassenden speziellen Anweisungen des Vorstandes der „Volksfürsorge“ zu übernehmen bereit sind. Die diesbezüglichen Feststellungen werden da, wo Gewerkschaftskartelle vorhanden sind, diese vornehmen müssen.

Geben die Gewerkschaften bezw. deren Orts- und Unterkassierer die Arbeit für die „Volksfürsorge“ übernommen, dann sind für die von dieser nach Verufen gegliederten Organisation nicht erfaßten Versicherten vom Gewerkschaftskartell die erforderlichen Vertrauenspersonen zu bestellen, die das Anstoß bei diesen Versicherten besorgen.

V. Werden die Obliegenheiten der Vertrauenspersonen seitens der Gewerkschaften am Orte nicht übernommen, dann ist von der örtlichen Verwaltungskommission unter Mitwirkung des Rechnungsführers eine territorial gegliederte Organisation ins Leben zu rufen. Der betreffende Ort ist in Bezirke einzuteilen, die so abzugrenzen sind, daß sie mit Erfolg bearbeitet werden können. Für jeden Bezirk ist die erforderliche Zahl von Vertrauenspersonen zu bestellen.

Die Entgegennahme von Versicherungsanträgen und die Verabfolgung von Marken für die Sparversicherung seitens der gewerkschaftlichen Eintassierer ist auch dann ihre Pflicht, wenn die zu leistende Gesamtarbeit von den Gewerkschaften nicht übernommen worden ist. Sie unterstehen den von der Verwaltungskommission und dem Rechnungsführer getroffenen Kontrollenrichtungen der „Volksfürsorge“.

Wenn nun auch die eigentliche Betriebsaufnahme, d. h. die Erhebung von Prämien (Beiträgen) in allen Orten erst am 1. Juli erfolgt, so beginnt doch die Vorbearbeitung schon im Monat Juni mit der Verbreitung eines vom Vorstande der „Volksfürsorge“ herausgegebenen Flugblattes und der Prospekte über die Versicherungsarten durch die am Orte bestellten Vertrauenspersonen. Diese haben die Pflicht, nach der Verbreitung des Flugblattes überall nachzufragen, ob der Abschluß einer Versicherung für irgendein Mitglied der Familie, Mann, Frau oder Kinder gewünscht wird. Die Vertrauensleute erhalten durch die örtlichen Rechnungsführer Bücher, in welchen sämtliche Tarife der „Volksfürsorge“ abgedruckt sind, um an Hand derselben jedem Versicherungsnehmer die gewünschte Auskunft geben zu können, außerdem Antragsformulare und Quittungsbücher für das zu erhebende Eintrittsgeld. Nur den Vertrauensleuten der „Volksfürsorge“ wird deren Aufnahmematerial verabfolgt; die Quittungen für das bei der Antragstellung zu entrichtende Eintrittsgeld von 1 Mk. tragen die Unterschriften der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder.

Der Vorstand der „Volksfürsorge“ erucht deshalb den Aufbau der Organisation in allen Orten, in welcher dies nicht bereits geschehen ist, zu beschleunigen und dafür Sorge zu tragen, daß die systematische Vorbearbeitung in Angriff genommen werden kann.

Damit ist es nun zur Wirklichkeit geworden, wovon die eingeleiteten Feinde der modernen Arbeiterbewegung in Deutschland und all die vielen Intercessionen an den bestehenden privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften bang-

ten: Die Arbeiterschaft hat ihre eigene Versicherung, die kein anderes Interesse kennt als das der Versicherten; die Arbeiterschaft nimmt auch auf diesem Gebiete ihre Geschicke selbst in die Hand.

Es hat nicht an einflussreichen Kräften gefehlt, die diesen neuen Beweis „positiver Arbeit“ seitens der Arbeiterorganisationen verhindern wollten. Nicht ohne Grund hat die Vorbereitungszeit so ungewöhnlich lange gedauert; wenn es der Regierung möglich gewesen wäre, hätten wir heute keine „Volksfürsorge“, das hat erst vor kurzem der Landrat des Kreises Lüdinghausen ausgeplaudert. Nun ist dafür diese lange Frist von den geschäftlichen Gegnern des neuen Unternehmens und von den politischen Widersachern der Arbeiterklasse einschließlich der Regierung weidlich ausgenutzt worden. Man hat der kaum gegründeten „Volksfürsorge“ mehrere mächtige Konkurrenten entgegengestellt, die ihr das Arbeitsgebiet freitig zu machen suchten. Diese Gesellschaften, die teils mit öffentlichen Mitteln, teils mit denen älterer Versicherungsunternehmen ausgestattet sind und sich der Unterstützung und Förderung der Regierungen und Behörden erfreuen, spekulieren alle auf die Verträge der Arbeitermassen, überbieten sich in ihren Werbungen und versprechen den Versicherungsanstalten Vorteile, die ihnen die seitherige Volksversicherung nicht gewährte. — Sicherlich auch ein Erfolg unserer „Volksfürsorge“. Aber selbst der obengenannte Landrat mußte in seiner Verhandlung mit den christlichen und sonstigen arbeiterfeindlichen Mittelklassen zugeben, daß „die nationalen Gewerkschaften nicht in der Lage seien, dieser „Volksfürsorge“ etwas Ebenbürtiges zur Seite zu stellen. Über das sei auch nicht so leicht, denn die „sozialdemokratische Volksfürsorge“ sei so gestaltet, daß sie auch wirklich den Arbeitern große Vorteile biete. Die jetzt bestehenden Versicherungen könnten lange nicht an die geplante „sozialdemokratische Volksfürsorge“ herantreten. Durch den Zusammenschluß der 26 Gesellschaften, der bereits erfolgt sei, könne keine gleichwertige Volksfürsorge geschaffen werden.

Die „Volksfürsorge“ und ihre Versicherungstarife sind zwar genehmigt, der Geschäftsbetrieb freigegeben — beides konnte nicht gehindert werden. Aber jetzt beginnt der Kampf um den Geld der Werbearbeit. Man wird es an Verleumdungen der „Volksfürsorge“, ihrer Begründer und Mitarbeiter, an Verdrehungen und Fälschungen ihrer Versicherungsbedingungen, an bemußten oder leichtfertigen Schädigungen ihres Rufes in Wort und Schrift, an Maßregelungen derjenigen, die sie fördern, nicht fehlen lassen. Eine Schlammflut wird sich gegen alle diejenigen herenwalzen, die den Mut haben, die Volksversicherung der spekulativen Ausbeutung zu entziehen. Das alles darf die organisierte Arbeiterschaft nicht davon abhalten, sich mit Eifer und Zähigkeit der neuen Aufgabe der Arbeiterbewegung zu widmen. Zunächst gilt es, die Werbearbeit energisch anzunehmen und möglichst weite Volkskreise, vor allem die gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiter und ihre Angehörigen über die Notwendigkeit und die Vorteile der Volksversicherung in eigener Regie aufzuklären. Sodann müssen die Organisationen allerorts sich in den Dienst der „Volksfürsorge“ stellen, um den Betrieb derselben nach den Grundzügen möglicher Sparmaßnahme und sozialer Wohlfahrt zu organisieren. Es muß eine Ehrensache für die Arbeiterschaft sein, das aus eigener Kraft geschaffene Unternehmen lebensfähig und zu einem Segensquell für Millionen zu machen. Keiner, der imstande ist, der „Volksfürsorge“ seine Kräfte zu widmen, entziehe sich dieser Pflicht. Niemand versage ihr die Mitarbeit und Mitbeteiligung.

Zum Zwecke der Internationalen Ausstellung in Leipzig sind auf Anregung des Leipziger Gewerkschaftsrates von der Ausstellungskommission Vorzugskarten zum Preise von 55 Pf. infolge Benutzung der Garderoben und Toiletten für Gewerkschaftsmitglieder und deren Angehörige zur Verfügung gestellt worden. Die Karten sind für einzelne Mitglieder bei den Vorständen der Leipziger Gewerkschaften zu erhalten. Für auswärtige Gewerkschaftskarte und Gewerkschaften, die die Ausstellung korporativ besuchen wollen, werden auf Wunsch jederzeit und in jeder beliebigen Anzahl derartige Vorzugskarten durch das Leipziger Gewerkschaftsratsamt bereit gehalten, wenn rechtzeitig, möglichst eine Woche vor dem Besuch, entsprechende Mitteilung gemacht wird. Die Bezahlung der Karten erfolgt bei der Entnahme. Direkt an die Ausstellungskommission gerichtete Anfragen auf Preisermäßigung bzw. um Verwahrung von Vorzugskarten sind zwecklos. Vor 10 Uhr vormittags und am Abende haben die Vorzugskarten keine Geltung.

Der Arbeiter-Turnbund, der seinen Sitz in Leipzig hat, berichtet für das Jahr 1912 über einen Bestand von 183 333 Mitgliedern, die sich auf 222 Vereine verteilen. Unter diesen Mitgliedern befinden sich rund 13 000 weibliche Personen. Der Bund besitzt in Leipzig ein eigenes Grundstück, auf dem im vorigen Jahre einige Wohnhäuser und ein Bundesgeschäftshaus mit einem Kassenanbau von insgesamt 20000 M. errichtet wurden. Das eigene Verbandsamt des Bundes verleiht Literatur, Turnföhrung, Turn- und Spielgeräte. Im Bundesvorstand und Bundesrat wurden zusammen 34 Personen bestimmt. Das der allseitigen körperlichen Beförderung haben sich alle die Arbeiter-Turnvereine und damit auch deren Bund recht gut entwickelt. Der letztere ist jetzt sogar bereit, sich zu einer Zentrale für das Arbeiterturnwesen anzubieten, indem er verspricht, die ähnlichen Verbände, die seinen Legationären sich anzuschließen.

Der Führer des Abgesandten Schmeier, der sich in Leipzig befindet, hat am 19. Mai bei einem Antritt in der ständigen Verhandlung wurde festgestellt, daß seine Befragung, er sei durch soeben erhaltene Befragungen von Betrüben zu betriebl. und deshalb zur Verurteilung geziehen worden, wurde ist. Die ständigen Befragungen sprachen den Vorwurf der Verurteilung des Kuchelmanns nicht, sondern im das Gericht zum Tode durch den Strang verurteilt.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Winsen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Losalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in dieser Zahlstelle ab 1. Juni 80 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 22. Wochenbeitrag für das Jahr 1913 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 127804 Jan Spychalski, Tischl., geb. 6. 5. 77 zu Rudewitz.
- 189189 Karl Böhm, Tischl., geb. 5. 1. 83 zu Neustadt.
- 256988 Kaj. Niewiedt, Tischl., geb. 1. 3. 79 zu Posen.
- 299136 Ed. Otto, Knopfm., geb. 24. 5. 60 zu Frankenhäusen.
- 299358 Hans Wör, Tischl., geb. 8. 8. 85 zu Marloffstein.
- 312179 Kurt Richter, Tischl., geb. 22. 11. 80 zu Altenburg.
- 451501 Karl Hildorf, Tischl., geb. 7. 3. 09 zu Oberdrees.
- 526961 Gustav Fink, Tischl., geb. 29. 8. 71 zu Domašewitz.
- 575143 P. Schuchardt, Instrum., geb. 4. 4. 83 zu Glosba.
- 575288 Paul Lamprecht, Tischl., geb. 22. 11. 94 zu Wittstodt.
- 579577 Ernst Dartig, Instrum., geb. 21. 2. 87 zu Odenburg.
- 602353 Hdr. Frank, Tischl., geb. 23. 3. 89 zu Klüggenmünster.
- 623477 Wilh. Illner, Holz., geb. 15. 10. 90 zu Sonneberg.
- 654082 Joh. Jensen, Tischl.-Arb., geb. 2. 7. 85 zu Grenaa.
- 663369 Oskar Jahn, Tischler, geb. 24. 10. 89 zu Döschwitz.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.
Der Vorstandsvorsitz.

Schnaps ist ein Gift, das Geist und Körper ruiniert

Schnaps kräftigt nicht, sondern führt zu vorzeitiger Erschlaffung

Schnapsgeuß schädigt den Arbeiter, füllt aber seinen ärgsten Feinden, den ostenbischen Schnapsjunkern, die Taschen

Arbeiter, meidet den Schnaps!

Korrespondenzen.

Chemnitz. Zu der Notiz in unserer Nr. 19 sendet uns die Firma Otto Hoffmanns Nachf. in Chemnitz folgende Berichtigung: „Es ist unklar, daß die Firma Otto Hoffmanns Nachf. in Chemnitz die schlechtesten Stundenlöhne am Platze bezahlt. Tatsache ist, daß nach Ausweis ihrer Lohnlisten für die Zeit vom 11. August 1911 bis 8. August 1912 ein DurchschnittsStundenlohn von 55,433 Pf. für alle Tischler, qualifizierte und nicht qualifizierte, und auf die Zeit vom 1. August 1912 bis 15. Mai 1913 ein DurchschnittsStundenlohn von 56,691 Pf. gezahlt wurde. Die gezahlten Stundenlöhne bewegen sich von 50 Pf. vertraglich festgelegtem Minimallohn für neuereitretende Arbeiter, deren Leistungen noch nicht bekannt sind, bis 67 Pf. Es ist nicht wahr, daß die Firma Otto Hoffmanns Nachf. Affordlöhne willkürlich diktiert. Tatsache ist, daß sich der Stundenlohn ausweislich der Lohnbücher bei Afford auf 64,577 Pf. bis 76,375 Pf. bewegt, im Durchschnitt 67,412 Pf. Entlassen wurden solche Leute, deren Leistungen nicht den üblichen normalen Anforderungen entsprechen, oder die sich als nicht qualifiziert für den Betrieb der Firma erwiesen. Es ist unklar, daß die Firma Otto Hoffmanns Nachf. in der Lage war, ihren Bedarf an geeigneten Tischlern am Platze zu decken. Tatsache ist es, daß die Firma Otto Hoffmanns Nachf. in Chemnitz Zeitungen, wie Chemnitzer Neueste Nachrichten und Allgemeine Zeitung bereits im März und Anfang April a. e. wiederholt nach Tischlern, welche auf gute, furnierte Möbel und Innenausbau nach Zeichnung arbeiten können, inquirierte. Nachdem diese Inquirate ohne genügenden Erfolg waren, wandte sich die Firma an auswärtige Plätze, da ein partitistischer Arbeitsnachweis oder sonstige vertragliche Vorarbeiten für Arbeitsvermittlung in Chemnitz nicht bestehen. Die Firma Otto Hoffmanns Nachf. befolgt als Mitglied des Arbeiterschutzbundes für das Holzgewerbe deren vereinbarte Verträge.“

Hierzu wird uns aus Chemnitz geschrieben: Die Firma Otto Hoffmanns Nachf. gibt in ihrer Berichtigung ja selbst zu, daß sie für neuereitretende Tischler 50 Pf. Mindestlohn, oder wie es meist gebräuchlich in den letzten Wochen, 51 Pf. zahlte. Da die Firma in ihren Inquiraten tüchtige Tischler auf furnierte Arbeiter, für Innenausbau und Möbel nach Zeichnung sucht, ist dieser Stundenlohn kein angemessener, denn in anderen Betrieben am Orte werden höhere Löhne für einfachere Arbeit gezahlt. Wir bestreiten aber, daß der DurchschnittsStundenlohn auf die Zeit vom 1. August 1912 bis 15. Mai 1913 56,691 Pf. beträgt, denn nach einer von uns am 21. April a. e. gemachten Feststellung betrug der DurchschnittsStundenlohn 54,16 Pf. für 56 in Betracht kommende Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter, für Tischler allein gar nur 54 Pf. Der DurchschnittsStundenlohn beträgt aber 56,49 Pf. am Orte, und zwar unter Berücksichtigung, daß darin weit schwächere Arbeiter ergriffen sind. Wenn die Firma weiter den Höchststundenlohn mit 67 Pf. angibt, so ist das unrichtig, denn am 21. April betrug der Höchststundenlohn nur 69 Pf. für die genannten Branchen. — Das weitere Affordlöhne nicht vereinbart, sondern diktiert werden, ist vor der Schlichtungskommission erörtert und von Seiten der Arbeiter bewiesen worden. Als Beispiel führen wir an: Der Tischler A. erhielt 2 Wüffels, für die der Werkführer den Preis auf 100 M. pro Stück bestimmte; A. hatte 120 M. verlangt. Eine Einigung erfolgte nicht, der Tischler führte die Arbeit aus, da der Stundenlohn gerechert ist. Die Wüffels kamen 126,74 M.

pro Stück im Stundenlohn. Der Tischler wurde daraufhin entlassen, weil er nach Ansicht der Firma Unterschlagung gemacht hatte. In einem anderen Falle erhielt der Tischler A. eine verkleidete Saule in Auftrag, für die der Preis von Werkführer auf 47 M. bestimmt wurde. Mehrere Kollegen schätzten den Arbeitslohn im Afford auf 80 bis 85 M. Die Saule kam im Stundenlohn auf 70 M.; auch dieser Tischler wurde deshalb entlassen. Die Schlichtungskommission, auch die Herren Arbeitgeber, haben die Entlassung als zu Unrecht erfolgt angesehen. Solche Fälle könnten wir noch mehr anführen, doch genug davon. Die Firma hat im übrigen dem Bevollmächtigten der Zahlstelle gegenüber selbst erklärt, daß sie den Stundenlohn bei Affordarbeiten, der nach dem Vertrag gesichert ist, nicht mehr sichern wolle. Wer einmal nicht mit dem Preise auskomme, solle das dafür rechnen, wenn er ein andermal mehr verdiene. Ist das nicht eine Umgehung des Vertrages, ja direkt Vertragsbruch? — Nicht interessant ist es, wie die Firma nach ihrer Berichtigung „ausweislich der Lohnbücher“ die Affordlöhne aufgestellt hat und so zu den in der Berichtigung angegebenen Zahlen kam. Nach Versicherung der Beschäftigten sind einfach nur die Löhne von 9 Affordarbeitern, die gut abgeschrieben haben, dazu als Unterlage verwendet worden, während in Wirklichkeit fast alle Beschäftigten im Afford arbeiten (die Firma beschäftigt aber je nachdem 25 bis 100 Mann). Da aber ein großer Teil nach der famosen Affordberechnung meist „Unterlohn“ macht, müßten doch diese Affordarbeiter mit in die Berechnung einbezogen werden, dann dürfte sich aber ergeben, daß der DurchschnittsStundenlohn nicht 67,412 Pf. beträgt, sondern daß kaum der Stundenlohn herauskommt. — Wenn weiter die Firma in ihrer Berichtigung sagt: „Es ist unklar, daß die Firma Otto Hoffmanns Nachf. in der Lage war, ihren Bedarf an geeigneten Tischlern am Platze zu decken“, warum hat sie denn die älteren, brauchbaren Kräfte am Orte, die sich zur Arbeit angeboten haben, nicht eingestellt? Die Erfahrungen, die die Firma mit dem größten Teil der durch Inquirate von auswärtig zugereisten, meist jüngeren Kollegen gemacht hat, sind wirklich nicht günstig für sie. Differenzen über Differenzen waren die Folge; mühte sich doch die Schlichtungskommission aufs neue damit befassen. In den letzten Wochen waren allerdings nicht genug geeignete Arbeitslose am Orte, doch zur Zeit der Abfassung der fraglichen Notiz waren brauchbare Arbeitslose genug da, und das halten wir aufrecht. Im übrigen kann nur gesagt werden, daß wenn der Firmeninhaber, der nervöse Herr Alfred Köhler, sich etwas mehr Ruhe und Objektivität aneignen würde, manche Differenz vermieden werden könnte. Wir beschäftigen gern, daß die Firma die in den letzten Tagen zugewandten Arbeiter eingestellt hat und auch in einigen Fällen Lohnzulagen erfolgt sind.

Dresden. (Modell- und Fabrikarbeiter.) In der letzten Branchenversammlung nahmen die Kollegen Stellung zu der angeregten Reichskonferenz. Nach reger Aussprache wurde ein Antrag angenommen, der eine derartige Konferenz fordert. Auch von Zeit zu Zeit stattfindende Bezirkskonferenzen wurden für wünschenswert gehalten. Als Verhandlungspunkte wurden vorgeschlagen: Streikarbeit; Lehrlingsausbildung; Tarifbewegungen; Hygiene der Werkstätten; Afford- und Lohnaffordarbeit; Organisationszugehörigkeit; Organisation der Unternehmer; die Kabrittschüler in den Sektionen; die Stellung bei Ausperrungen. Da jetzt hier immer genügend arbeitslose Kollegen vorhanden sind, eruchen wir alle diejenigen Kollegen, die nach hier kommen wollen, sich erst bei der Lokalverwaltung oder Sektionsleitung über die gegenwärtige Geschäftsfrage und über die Arbeitsverhältnisse zu erkundigen. Ansuchen ist verboten und wird Arbeit nur im Verbandsnachweis, Volkshaus, Ribbenbergstr. 2, vormittags 11 bis 11-Uhr, vermittelt.

Duisburg-Weiderich. Es sind jetzt zwei Jahre verstrichen, seitdem wir hier am Orte eine Lohnbewegung hatten, und hat es den Anschein, als wollten die Kollegen auf dem generellen Erfolg für immer ausruhen. Was sind die Zeiten dazu zu erst, zumal am 1. Juli hier der Tarifvertrag abläuft. In Duisburg-Altstadt ist der Durchschnittslohn 56 Pf., in Duisburg-Weiderich der Höchstlohn gar nur 52 Pf. Dabei beträgt die Arbeitszeit in Duisburg-Weiderich noch 10 Stunden pro Tag und würde hier bald eine Verkürzung eintreten, da im Industriegebiet in keinem Orte mehr 10 Stunden gearbeitet wird. Um diesen Verfallschuss abzuwehren, bedürfen wir eines besseren Zusammenschlusses der Kollegen. Unsere nächste Versammlung findet am 1. Juni, vormittags 11 Uhr, beim Wirt Uhlendrod, unter den Ulmen, statt. In derselben wird Gaudvorsitzer Gariung ein Referat halten. Nun ist es Pflicht eines jeden Kollegen, für die Versammlung zu agitieren und die indifferenten Kollegen mit dorthin zu bringen.

Tüßeldorf. Die Sektion der Modellschreiner beschäftigt sich in ihrer letzten Versammlung mit der angeregten Branchenkonferenz. Gewünscht wurde, daß dieser erst Bezirkskonferenzen vorausgehen, und zwar so, daß jeder Gau, unter Hinzuziehung der Gaudvorsitzer, eine Konferenz abhält. Es würde durch diese Konferenzen mehr Material zusammenkommen, da auch die Orte, die keine Sektionen haben, in einer Bezirkskonferenz vertreten sein müßten. Die Kollegen sind nun der Meinung, daß vor allen Dingen unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer Regelung bedürftig sind, da sich jetzt unsere Kollegen in der Bau- und Möbelbranche bedeutend besser stehen, während es früher umgekehrt war. Vor allem gilt es, eine Arbeitszeitverkürzung zu erreichen. Der meilands größte Teil unserer Kollegen arbeitet noch 57 bis 60 Stunden. Material wäre also genügend vorhanden, um sich dann in einer Reichskonferenz darüber auszusprechen, wie wir unsere Lage verbessern können.

Grillbrunn. Konnte man früher sich nicht beschweren über zu guten Versammlungsbefuch, so ist dieser in letzter Zeit schon oft mäßig zu nennen. Würden die Verhandlungen des Verbandes besser besucht, so wären die Mitglieder auch besser über unsere Ziele aufgeklärt. Wir haben alle Ursache, uns nicht durch innere Kämpfe und Streitigkeiten von unseren Hauptaufgaben ablenken zu lassen. Auch die zahlreichen Stellmacher hier am Ort sollten sich mehr dem Verbandsleben widmen; sind doch die von Seiten eines neuen Betriebsleiters in der Koffizierfabrik in Aussicht gestellten Änderungen nicht das

angehen, sich schlafen zu legen. Nur wenn wir eine ge-
schlossene Macht bilden, ist es uns möglich, besagten Herrn
zu überzeugen, daß Maschinenarbeitsafford und Medu-
zierung der Preise sowie Einführung von Tarifsystemen
nicht ohne unsere Zustimmung erfolgen können.

Hamburg. (Paritätischer Arbeitsnachweis.)
Wochenbericht vom Sonnabend, dem 17. Mai, bis Freitag,
den 23. Mai 1913.

Table with 4 columns: Branchen, In d. Woche besetzte Arbeitsstellen, Am Wochenschluß vorhanden (offene Arbeitsstellen, gemeldete Arbeitslose), and a total row.

Marburg. Trotzdem unsere Zahlstelle im nächsten
Jahre ihr fünfundsiebzigjähriges Jubiläum feiern kann,
wird es nicht vorwärts gehen. Von 120 am Orte beschäf-
tigten Kollegen gehören kaum etwas über die Hälfte
unserer Organisation an. Die Arbeitszeit beträgt heute noch
für den Tag 10 Stunden, bei einem Stundenlohn
zwischen 32 und 42 Pf. Der durchschnittliche Wochenverdienst
hat sich von 20,64 M. im Jahre 1906 auf 21,80 M.
im Jahre 1911 gehoben. Nur in Werkstätten, wo vorwiegend
organisierte Kollegen arbeiten, ist es im vergangenen Jahre
gelungen, eine kleine Lohnzulage zu erreichen. Der durch-
schnittliche Wochenverdienst dürfte aber im Augenblick kaum
22,50 M. übersteigen. Ein großer Teil der Kollegen wohnt
außerhalb der Stadt und hat oft zwei, auch drei Stunden
bis zur Arbeitsstelle zurückzulegen. Um so bedauerlicher
ist die Gleichgültigkeit der Kollegen. Das muß anders
werden. Wenn auch der überaus große Teil der Ver-
heimlichten mit der lieben Not zu kämpfen hat und diesen
Kollegen hierdurch vielfach ihr Dasein verdürrt wird, so
darf dieses doch nicht dazu führen, die Hände in den Schoß
zu legen. Deshalb Kollegen, besucht die Versammlungen
regelmäßig, rüttelt die Säulen und Trägen auf und versucht,
sie der Organisation zuzuführen.

Havensburg. Die Pinselfabrik J. G. Roth
versucht mit allen Mitteln, die Arbeiter aus ihren Organi-
sationen herauszubekommen. Besonders durch freiwillige
Lohnzulagen, an Ausretende glaubt man dieses zu er-
reichen. Ferner macht man Versprechungen, um die be-
reitwilligen Kollegen besser ins Garn zu bekommen. Man
wäre es eigentlich nicht für möglich halten, daß Kollegen
ihre Organisationszugehörigkeit um 1-2 Pf. die Stunde
verkaufen würden, indem doch gerade diese Kollegen ein
Ziel der „Arbeiterfreundschaft“ des Herrn Roth sin-
gen können. Die Löhne der meisten Arbeiter sind recht
bescheiden, 30, 33 und 38 Pf. pro Stunde sind keine Selten-
heit. Einem Arbeiter, der 32 Pf. Stundenlohn hatte, wurde
1 Pf. Zulage bewilligt, welche aber erst nach acht Monaten
in Kraft trat. Wenn nun die Firma versucht, die Organi-
sation aus ihren Betrieben hinauszubekommen, um wie-
der selbstherrlich schalten und walten zu können, so heißt
es hier für die Kollegen mit aller Macht dagegen zu
kämpfen, alles aufzubieten, um die Kollegen darüber auf-
zuklären. Den Kollegen empfehlen wir, bei Arbeitsange-
boten sich erst an die Lokalverwaltung zu wenden, damit sie
die Entlohnungen beobachtet bleiben.

Regensburg. Recht eigentümliche Auffassungen über
Betriebsorganisation und Tarifstreik scheint der Schreiner-
meister Dettenhofer zu haben. Der Ausschuss für das
Tarifsystem mußte sich schon des öfteren mit ihm be-
schäftigen. Er versprach immer Besserung, eintraten ist
aber eine solche nie. Erst kürzlich mußte wieder ein Fall
behandelt werden, der damit endete, daß das Lehrverhältnis
nach erst einjähriger Dauer gelöst wurde. Ein ebenso
eigenartiges Verhalten ist bei Dettenhofer auch in
bezug auf die Einzahlung des Tarifzins zu finden. So wird
in dieser Rubrik sehr oft von 8 Uhr morgens bis 8 oder
10 Uhr abends geschuftet, ohne daß die festgesetzten Zuschläge
für Überstunden bezahlt werden. Ein Meister, der auf
Tarifstreik und Geschäftsschere etwas hält, duldet das nicht.
Deshalb vertritt sich hinter diesem zweifelhaften Gan-
zen nur die wenig kollegiale Absicht, den tarifstreuen Mei-
stern Konkurrenz zu machen. Die Organisationen beider
Parteien haben deshalb den Beschluß gefaßt, über die
Beschäfte Dettenhofers die Sperre zu verhängen. Nicht
aus jedem Kollegen ist es diesen Vertrieben zu meiden. Die-
ser Fall zeigt so recht, wohin es führt, wenn die Arbeiter
ihres Betriebes sich um nichts kümmern. Wir müssen
dabei gelassen, die Versammlungen fleißig zu besuchen.
Es ist daher schon an dieser Stelle aufmerksam gemacht,
daß am 7. Juni Gauversteher Stein ein Referat über die
letzte Tarifabschlüsse hält.

Sock (Westf.). (Modellistischer.) Die Eisen-
schere-Gründer. Ergründe versteht es, sich bei ihren Ar-
beitern so unbeliebt wie möglich zu machen. Die Werkstätte
ist so klein, daß sich die Tischler kaum drein umdrehen
können. An zwei Seiten grenzt sie an die Schere, an
der dritten an die Gusschere und die vierte ist der heißen
Sonne ausgesetzt. Dunst und Staub belästigen deshalb
ständig die Arbeiter. Am Ofen haßt rund herum ein
Eisen. Hier fällt die Glut heraus, so daß die Schere schon
oft überhitzt brannten. Im Sommer kann derselbe nicht
gelebt werden, weil dann kein Mensch in dem Raum ar-
beiten könnte. Da die Modellistischer aber auch keinen
müssen, so machen sie warm kein auf einer Schippe voll
mit aus dem Kessel. Die Lehrlingsausbildung er-
leidet hier faulstumpfsinnigen, Kolonialblenden, der
Jahre um die Arbeit machen und in der Schloßerei und
Schere als Hilfsarbeiter tätig zu sein. Auf eine Ver-
besserung des Lehrlings, daß er als Auslernender von einer
Lehrung noch nichts wisse, war die Antwort: „Wenn Du
Lehrungen kennen lernen willst, dann mußt Du Leiden-
schaft mitmachen. Das geht uns nichts an!“

Walden (Hessen). In diesem an der Elbe-
grenze nicht weit von der deutschen Ostsee-
Großschönau gelegenen Städtchen zeichnet sich die
Pianosabrik Franz Scholze dadurch aus, daß die

Affordrate zumest niedriger als in anderen gleichartigen
Betrieben sind. Verdient trotzdem einmal ein Arbeiter
mehr, als sonst in diesem Betrieb üblich ist, so zieht der
Fabrikant kurzweg ein paar Kronen ab, d. h. der Arbeiter
erhält für die bereits fertigestellte Arbeit den dafür ver-
einbarten Affordlohn nicht voll ausbezahlt. Er soll sich
dabei Reichsdeutschen gegenüber mit Vorliebe auf das öster-
reichische Gewerkegesetz berufen. In Wirklichkeit deckt
dieses aber solche „Lohnregulierungen“ keineswegs. Es
empfiehlt sich deshalb gegenüber solchen unlauteeren Prak-
tiken, daß alle Kollegen, die auf der Durchreise dort Arbeit
nehmen wollen oder durch die Verpflichtung des Herrn
Scholze herangeholt werden, sich vor dem Arbeitsantritt
mit der zuständigen Wandsbörser Ortsgruppe des öster-
reichischen Holzarbeiterverbandes verständigen.

Weinheim (Baden). Von rund 600 Holzarbeitern sind
erst 215 Mitglieder des Verbandes, trotzdem die Verwaltung
seit Neujahr unangesehnt tätig ist, durch Betriebsversam-
mlungen, Hausagitation und dergleichen die Fernestehenden
zu gewinnen. Bei diesen ungünstigen Organisationsver-
hältnissen mußten natürlich die Arbeitsbedingungen hinter
denen der anderen Branchen zurückbleiben, sowohl in der
Maschinenfabrik für Drehgarnituren wie der Stuhl-
fabrikation. In ersterer Branche werden noch Stun-
denlöhne für Schreiner und Maschinenarbeiter von 32 Pf.
an bis 44 Pf. bezahlt. Nur der größte Mühe der Orts-
verwaltung ist es gelungen, daß die Direktion 1 bis 2 Pf.
pro Stunde Lohnhöhung bewilligte. Trotzdem schiebt ein
Kollege dort immer den anderen vor. Es heißt da meist:
„Geht der in den Verband, gehe ich auch hinein; und dabei
bleibt es.“ Bei der Fabrikation der sogenannten Wein-
heimer Sprossenstühle wurden vor 30 Jahren für das Zu-
sammenbauen noch pro Tagend 3 bis 3,20 M. bezahlt.
Heute ist durch die Einführung der Langlochbohrmaschine
der Preis auf 1,02 bis 2,20 M. gesunken. Dabei bringt
aber die Langlocherie dem Arbeiter oft nur geringe Zeit-
ersparnis. Im Zusammenbau der einzelnen Teile wird seit
der Verwendung der Hobelmaschine 1/2 Pf. pro Stück weniger
bezahlt. Im Polieren wurden früher 18-20 Pf. pro Stück
bezahlt, heute 18-22 Pf. und muß man jetzt noch ver-
schiedentlich die Polierlumpen selbst stellen. Bei den besse-
ren Stuhlformen wird, wo nicht nach Zeichnung gearbeitet
wird, auch schon auf Detail bei schlechten Preisen gearbeitet.
Der heutige Stuhlbauer ist nur noch ein Spezial-
arbeiter. Nur wenn die Kollegen ein geschlossenes Ganzes
bilden, können einmal diese alten Löhne der Neuzeit an-
gepaßt werden. — Bei Erörterung der Frage einer
Branchenkonzferenz der Stuhlarbeiter wurde in un-
serer Zahlstelle dem Vorschlag der Zentralkommission der
Stuhlarbeiter, eine solche für ganz Deutschland abzuhalten,
zugestimmt und gewünscht, daß diese Konferenz recht bald
stattfinden soll.

Unsere Lohnbewegung.

Auf Grund der abgeschlossenen Tarifverträge treten
am 1. Juni d. J. nachfolgende Verbesserungen der
Arbeitsbedingungen ein.

(In einigen Fällen gilt nicht der 1. Juni, sondern
das besonders bemerkte Datum für das Inkrafttreten der
Verbesserungen.)

(Erfahrungen zu den Abkürzungen: Fa. =
Firma, Arbzt. = wöchentliche Arbeitszeit, Löhnerh.
= Aufschlag auf die bisher bezahlten Stundenlöhne,
Mindestl. = Mindeststundenlöhne, Durchschnittsl.
= DurchschnittsStundenlöhne, Normall. = Normal-
stundenlöhne, Affordt. = Affordtarife.)

- Amorbach und Wörth a. M. (Firma Caesar Fuchs u. Co.): Löhnerh. 1 Pf.
Badnang: Arbzt. von 58 1/2 auf 57 Std. Löhnerh. 1 Pf.
Mündestl. von 39 auf 40 Pf.
Bamberg (Bamberger Möbelindustrie): Am 10. Juni
Löhnerh. 1 Pf.
Bietigheim (Fa. Wed. Möbelabrik): Löhnerh. 1 Pf.
Mündestl. von 43 auf 44 Pf.
Chemnitz (Fa. Dietrich und Sana): Am 15. Juni
Löhnerh. 1 Pf. Mündestl. entsprechend.
Erlangen (Fa. Reiniger, Gebert u. Schall): Löhnerh.
1 Pf.
Frankfurt a. M. (Korkmachermeister Peter Söllmann-
Schwanheim): Mündestl. von 49 auf 50 Pf. Affordt.
um 2 Proz.
Friedland i. M.: Stundenl. von 38 auf 40 Pf.
Julda: Löhnerh. 2 Pf. Mündestl. entsprechend. Affordt.
sinngemäß erhöht.
Gollnow: Arbzt. von 58 auf 57 Std. Löhnerh. 2 Pf.
Mündestl. von 35 auf 37 Pf.
Großschönau (Fa. Menzel): Arbzt. von 56 auf
55 Std.
Hersford (Tischler): Löhnerh. 1 Pf. Durchschnittl. von
45 auf 49 Pf., für Maschinenarbeiter von 41 auf 42 Pf.,
für Hilfsarbeiter von 33 auf 34 Pf.
H. a. König u. Böschel: Erhöhung der Tage-
löhne um 10 Pf. Affordt. um 2 Proz.
Hersford (Fa. Oskar Weil in Hagenfeld): Löhnerh.
1 Pf. Mündestl. für Maschinenarbeiter von 29 auf 30 Pf.,
für Hilfsarbeiter von 27 auf 28 Pf.
Herne: Löhnerh. 1 Pf. Durchschnittl. von 55 auf
59 Pf., für Maschinenarbeiter von 63 auf 64 Pf. Affordt.
sinngemäß erhöht.
Johannisburg: Arbzt. von 60 auf 59 Std. Löhnerh.
2 Pf. Mündestl. von 36 auf 38 Pf.
Leipzig (Parfettler): Arbzt. von 49 1/2 auf 48 Std.
Limbad: Arbzt. am 15. Juni von 55 auf 57 Std.
Löhnerh. 2 Pf. Mündestl. von 39 auf 40 Pf., für Gehilfen
unter 20 Jahren von 35 auf 36 Pf.
Mittweida: Arbzt. von 57 auf 56 1/2 Std. Löhnerh.
1 Pf. Stundenl. von 40 auf 41 Pf.
Nürnberg (Parfettler): Für tariflich bezeichnete
Positionen 3 Pf. Aufschlag.
Nauenburg: Löhnerh. 2 Pf. Mündestl. von 34 auf
35 Pf.
Pöschel: Löhnerh. 2 Pf. Mündestl. von 35 auf 38 Pf.
Reidenbach i. V.: Löhnerh. 1 Pf.
Reudingen: Löhnerh. 2 Pf. Mündestl. von 39 auf
41 Pf.
Reudorf (Stellmacher): Löhnerh. 1 Pf.

- Moth: Arbzt. von 59 1/2 auf 58 1/2 Std. Löhnerh. 2 Pf.
St. Ludwig i. G.: Löhnerh. 4 Pf.
Striegan: Löhnerh. 2 Pf. Durchschnittl. von 37 auf
39 Pf.
Verban (Waggonfabrik in Leubnitz): Löhnerh. 2 Pf.
Mündestl. von 40 auf 42 Pf.
Wilkau (Fa. Koppermann): Arbzt. am 15. Juni von
58 auf 57 Std. Mündestl. von 40 auf 41 Pf., für Arbeiter
unter 20 Jahren von 34 auf 35 Pf. Löhnerh. 2 Pf.
Wollen (Schlafwagen-Gesellschaft): Arbzt. von 59 auf
54 Std. mit Lohnausgleich.

Der Streik in der Nürnberger Bürsten- und
Pinselindustrie

Ist nicht nur deshalb bemerkenswert, weil es der umfang-
reichste Kampf ist, den unser Verband führt, er stellt auch
eine Besonderheit insofern dar, als es zum größten Teil
Arbeiterinnen sind, die diesen Kampf führen. Die
Unternehmer haben, um billiger zu produzieren, mit Vor-
liebe weibliche Arbeitskräfte eingestellt, es ist ihnen auch
gelungen, die Löhne auf einem recht niedrigen Niveau zu
erhalten. Ihre Hoffnung, daß es immer so bleiben würde,
hat sich aber nicht erfüllt. Daß einer unermüdeten,
jähren Agitation ist es gelungen, die Arbeiterinnen und
Arbeiter der Nürnberger Bürsten- und Pinselindustrie
ihrer Organisation zuzuführen, und jetzt sind sie dabei, mit
Hilfe des Deutschen Holzarbeiterverbandes einen energis-
chen Schritt nach vorwärts zu machen und ihre Lohn- und
Arbeitsbedingungen denen anzunähern, die in den anderen
Bereichen der Holzindustrie üblich sind.

Die Unternehmer bewilligten in den Verhandlungen
alles, was sie nichts kostet und seither schon in Kraft war,
jedes wirkliche Zugeständnis lehnten sie jedoch entschieden
ab. Ihre Absicht, die Verhandlungen in die Länge zu
ziehen, wurden aber durchkreuzt, am Tage vor Pfingsten
wurde das Arbeitsverhältnis gekündigt, und nach Ablauf
der Kündigungsfrist stellten etwa 1000 Frauen und
Mädchen und über 700 Arbeiter die Arbeit ein.
Die Arbeitseinstellung ist eine vollständige und da sich auch
über 100 Heimarbeiterinnen dem Streik ange-
schlossen haben, ruht auch die Arbeit in der Heimindustrie.
Auf eine so umfassende Arbeitseinstellung waren die
Fabrikanten nicht gefaßt. Sie waren nun gleich zu Ver-
handlungen bereit. Die Zugeständnisse, die sie machten,
waren aber so geringfügig, daß sie von den Streikenden
abgelehnt wurden. Weitere Verhandlungen haben die
Situation nicht geändert. Die Streikenden halten fest zu-
sammen; sie haben sich von vornherein auf eine längere
Dauer des Kampfes eingerichtet, und da die Arbeitskräfte
nicht leicht zu ersetzen sind, sehen sie guten Mutes der
weiteren Entwicklung der Dinge entgegen.

In Brandenburg dauert der Streik der Holzarbeiter
bei der Firma C. F. Richter, Landwirtschaftliche Maschinen-
fabrik, fort. Obwohl nach dem Bericht in der Arbeit-
geberzeitung ein Streik nicht mehr besteht, und auch Be-
triebsstörungen durch denselben nicht entstanden sein sollen,
ist die Firma nach den uns aus anderen Orten vorliegenden
Mittellungen auf der Suche nach Arbeitswilligen. Selbst
Meister Schenk soll sich in den letzten Tagen in seinem
früheren Wirkungskreis, bei der Firma R. Wolf-Magde-
burg, um gelbe Stellmacher bemüht haben. Obwohl es der
Firma mit Hilfe einiger gelber Nachkollegen — Schübe
und Wartenberg mit Namen — gelungen ist, einige Plätze
der Ausständigen durch Arbeitswillige zu besetzen, so
müssen diese Leute für die ihnen übertragene Arbeit doch
nicht zu gebrauchen sein. Es wäre nicht zu verstehen, wenn
für die Firma ein Streik nicht mehr besteht und auch Be-
triebsstörungen durch denselben nicht eingetreten sein sollen,
daß sie sich um Arbeitskräfte bemüht. Wenn es ihr um
tüchtige und eingearbeitete Arbeitskräfte zu tun ist, so
kann sie sehr leicht eine Verständigung mit den Strei-
kenden herbeiführen und dadurch einen Teil der ein-
gearbeiteten Leute wieder erhalten. Wir bitten den Bezug
fernerhin streng fernzuhalten.

In Dresden haben die Modell- und Fabrik-
tischer versucht, den im Vorjahre mit den Modell-
fabriken abgeschlossenen Tarifvertrag nun auch auf die
Maschinenfabriken auszudehnen. In der Mehrzahl der
Betriebe konnte die Bewegung auf friedlichem Wege durch-
geführt werden. Nur in einem Betriebe mußten die Kol-
legen zur Beschleunigung der Verhandlungen härtere
Maßregeln ergreifen, die dann auch zu einem zufrieden-
stellenden Ergebnis führten. Es war jedoch nicht möglich, in
den Maschinenfabriken Arbeitszeitverkürzungen durchzu-
führen, was mit der kleinen Zahl der beschäftigten Kol-
legen begründet wurde. Es wurden daher nur Lohn-
erhöhungen erzielt, die sich von 1 bis 5 Pf. bewegen. In
letzter Zeit ist auch die Afford- und Lohnaffordarbeit fast
ganz verschwunden. In einigen Betrieben haben sich die
Verhandlungen jedoch bisher verzögert, in einem weiteren
mußte die angeratene Bewegung wegen außerordentlich
schlechter Geschäftslage auf später vertagt werden.

In Göttingen stehen die Kollegen in der Fenster-
Laden- und Pfostenfabrik Geigler in Kündigung.
Der Inhaber will von einem Vertragsabstich nichts
wissen, sondern die Löhne nach eigener Ermessen be-
stimmen. Es wird dort noch 60 Stunden gearbeitet, bei
einem Lohn von 28 Pf. für gelehrte Arbeiter. Auch in den
anderen Betrieben ist die Lage nicht rosig. In den Bau-
und Möbelbetrieben liegt die Konjunktur still. Trotz-
dem haben wir mit starkem Zubruah von Arbeitsuchenden
zu rechnen. In den Möbelbetrieben ist zwar der Geschäfts-
gang befriedigend, aber voll besetzt sind die Hände auch
nicht. Arbeitsangebote obengenannter Firma sind abzulehnen.

In Memel ist es gelungen, mit einer Anzahl Tischlerei-
firmen Einzelverträge abzuschließen. Mit der größten
Firma, Brandt u. c., ist jedoch friedliche Regelung
der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unmöglich. Herr Brandt
findet es nicht für nötig, überhaupt eine Antwort zu
geben. Der Herr ist nebenbei noch liberaler Stadteroad-

meter. Als solcher war er es, der bei der Aussperrung der Holzarbeiter im Winter, Januar bis März, in der Stadtverordnetenversammlung den Antrag stellte, der Oberbürgermeister möchte vermitteln, um den Kampf zu beendigen. Was Herr Brach als Stadtverordneter verlangt, lehnt er als Fabrikbesitzer für sich selbst ab. Dem Stadtrat, als Vertreter des Oberbürgermeisters, welcher steht in seiner Sache auf Anrufung der Tischler vermitteln wollte, gab Herr B. den Bescheid, daß er sich nicht zur Verhandlung stellt. Die Tischler werden nun, nachdem alles verfrucht worden ist, die Angelegenheit friedlich zu regeln, zum letzten Mittel greifen. Wir bitten alle Möbelmeister von Memel fern zu bleiben.

In Oberkarsdorf bei Dippoldiswalde sind sämtliche Kollegen der Bureaumöbelfabrik Heide in den Streik getreten, da die Firma den bestehenden Vertrag nicht einhält und an Stelle der im Vertrag vorgesehenen Verhandlungen Maßregelungen vorgenommen hat. Wir bitten Zugang fernzuhalten.

Ausland.

In Paris dauert der Streik der in der Wagerebauindustrie beschäftigten Arbeiter fort. An dem Kampf sind circa 12000 Arbeiter beteiligt, etwa zwei Drittel der Gesamtzahl. Die Forderungen sind: der freie Sonnabendnachmittag und ein Minimallohn von 90 Cent. pro Stunde. Die bisherigen Löhne der in Betracht kommenden Holzarbeiter betrug 75 Cent. bis 1 Franken 20 Cent. der geschäftlichen Arbeitszeit. Der Streik betrifft namentlich die Großbetriebe. Die kleineren Betriebe und Stellmachereien, wo voriges Jahr ein partieller Streik stattfand, der resultatlos verlief, sind von dem Streik nicht berührt. Circa 30 Betriebe haben die Forderungen bewilligt. Der Hauptwiderstand wird natürlich von den großen Automobilfabriken geleistet. In zwei derselben fanden vor einiger Zeit partielle Streiks statt, in einem Falle handelte es sich darum, das sog. Taylorsystem abzuschaffen. Beide Streiks mußten aber resultatlos aufgegeben werden. Zugang ist auf jeden Fall bis auf weiteres fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Zur Agitation unter den Korlarbeitern.

Der von der Zentralkommission der Korlarbeiter in unserer Nr. 19 erlassene Aufruf zur Mitarbeit bei der Agitation ist der Aufmerksamkeit der „Korl-Industrie-Zeitung“ nicht entgangen. Sie drückt ihn wörtlich ab und knüpft daran die Hoffnung, daß sich die Zentralkommission wieder einmal einen Stroh von den Korlarbeitern holt. Was das Unternehmerblättchen weiter zu dem Gegenstand sagt, ist ungemein kläglich. Die Beiträge der „sozialdemokratisch organisierten“ Arbeiter machen einen hohen Prozentsatz des Wochenlohnes aus. Der Verband hat es nur auf die Groschen der armen Korlarbeiter abgesehen und viele wollen ihr Geld besser anlegen. Die Arbeitgeber aber tun gut, ihre Augen offen zu halten, damit das zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern bestehende Vertrauensverhältnis nicht untergraben werde.

Es gehört nicht gerade zu den angenehmen Aufgaben, mit dem Organ der Korl-Industriellen zu polemisieren, denn dieses Blättchen zeichnet sich durch eine ganz hervorragende Geduld aus. Die Argumente, welche die „Korl-Industrie-Zeitung“ gegen den Anschluß der Korlarbeiter an ihre Organisation ins Feld führt, verraten auch durchaus die Gedankengänge des „dummen aber harten Mannes“, dem gewisse Kreise am liebsten die Lenkung der Geschäfte Deutschlands anvertrauen möchten. Das Blatt bezeichnet sich selbst als „offizielles Organ des Verbandes der deutschen Korlindustriellen, sowie des Verbandes der österreichischen Korlfabrikanten und aller in den übrigen Ländern bestehenden Korlverbände“. Die Korlindustriellen sind also national und international organisiert und sie halten die Verbindung untereinander durch zahlreiche nationale und internationale Kongresse aufrecht. So hält der Verband der deutschen Korlindustriellen seinen diesjährigen Verbandstag am 12. Juni in Hamburg ab, und im Anschluß daran findet der internationale Kongreß der Korlindustriellen statt. Ist etwa diese Organisation der Korlindustriellen gegründet worden, um der Leitung eine Einigung zu verschaffen auf Kosten der Mitglieder? Dieser Gedanke wird vom Vorstand und den Mitgliedern des Korlarbeiterverbandes entkräftet zurückgewiesen werden, und das mit Recht. Nicht dem einen oder dem anderen zu Liebe haben die Korlindustriellen ihre Organisationen geschaffen, sondern diese dient dem Interesse der Gesamtheit und jedes einzelnen Mitgliedes. Sie wollen die gegenwärtige Konjunktur in gesunde Bahnen lenken und dazu wirken, daß durch eine Verständigung über die Preise der Holz der Fabrikanten auf einer angemessenen Höhe gehalten bleibt.

Sagt es sich, wenn man selbst den Wert der Organisation für seine Berufsangehörigen erkannt hat und danach sucht, die eigene Berufsorganisation zu verbessern, mit den elementarsten Verhandlungsregeln zu verfahren, den Organisationsbestrebungen anderer nachzugehen, sollte man nicht auch die Korlarbeiter in Betracht ziehen? Wir wollen aber der „Korl-Industrie-Zeitung“ gern zugestehen, daß die Bedeutung und die Wichtigkeit ihrer Worte nicht übersehen kann. Ihre Ausführungen, welche sich ja auch aus der Tatsache, daß es sich im Grunde um die Organisation der Arbeiterorganisationen handelt, die einer vollständigen Erbe des Vertrauensverhältnisses gegenüber den Korlindustriellen stellen, sind doch nicht ganz überflüssig. Das Holzarbeiter-Verbandes hat eine gewisse Bedeutung, die von Holzfabrikanten herkommen auf das nachsichtsvollste ausgeübt werden, das sie aber gewillens sind, auch Menschen für ein Stück an ein menschenwürdiges Dasein haben.

Daß die Korlindustriellen die Organisation ihrer Arbeiter heranziehen wollen, das ist eine Tatsache, die nicht von dem Holzarbeiter selbst, aber die gutgesunden Zeilen der „Korl-Industrie-Zeitung“ folgende Forderung gegen die Korlindustriellen, daß sie eine ihrer Organisationen unterstützen, ganz der Sache entspricht. Das Wort hat, das in der Korl-Industrie-Zeitung „Vertrauensverhältnis“ zwischen Korlindustriellen und Korlarbeitern ist doch kaum ernst gemeint.

In seinem Zweige der Holzindustrie ist der Abstand zwischen der sozialen Lage der Unternehmer und der Arbeiter größer als in der Korlindustrie; da kann ein wirkliches Vertrauensverhältnis nicht Klag greifen.

Es mag sein, daß der Verbandbeitrag einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz des Lohnes der Korlarbeiter ausmacht, das liegt aber nicht an der Höhe des Beitrages, sondern an der Veringerung der Löhne, die in der Korlindustrie bezahlt werden. Der Verbandbeitrag ist aber auch noch für die Korlarbeiter erschwerend, und seine Leistung ist für sie um so notwendiger, als es sich hierbei für sie um eine vorzügliche Kapitalanlage handelt. Nur wenn die Korlarbeiter organisiert sind, können sie ihre wirtschaftliche Lage heben, können sie ihre Arbeitszeit verkürzen und ihre Löhne erhöhen. Nichts ist wichtiger, als die Annahme, daß der Holzarbeiterverband es auf die Groschen der Korlarbeiter abgesehen hätte. Diese Groschen wären wirklich leicht entbehrlich. Der Verband fühlt sich aber berufen, die Interessen seiner Berufsangehörigen wahrzunehmen, zu denen auch die Korlarbeiter gehören.

Wir wollen die Korlarbeiter dem Verband zuführen, weil wir ihre Lage verbessern wollen. Leider hat das bisher nur ein kleiner Teil der Kollegen aus dem Gewerbe der Korlarbeiter erkannt. Gar zu viele sind es noch, die sich von den Fabrikanten mit Redensarten einwickeln lassen. Die Zentralkommission der Korlarbeiter, der es obliegt, die Berufsangehörigen zum Selbstbewußtsein zu erwecken, hat eine sehr schwierige Aufgabe zu erfüllen und es wäre zu wünschen, daß ihr allerorts die erforderliche Unterstützung gewährt wird. So ungern es die Fabrikanten auch sehen, so muß doch mit aller Energie dahin gewirkt werden, daß die Korlindustrie, die den Unternehmern reiche Gewinne abwirft, auch den Arbeitern ein menschenwürdiges Dasein gewährt.

Die Internationale Union der Holzarbeiter hat in den letzten Wochen den Tod zweier ihrer hervorragenden Mitglieder zu beklagen gehabt. Am 23. April starb in Kopenhagen der Vorsitzende des dänischen Holzarbeitersekretariats, Karl Gran. Ihm war der Tod ein Erlöser, denn seit mehr als einem Jahre befand er sich als unheilbar Kranker in einer Anstalt. Eine Krebsgeschwulst im Gehirn hatte ihn niedergeworfen und nun seinen Tod herbeigeführt. Nachdem Gran eine Reihe von Jahren als Vorsitzender an der Spitze des dänischen Tischlerverbandes gestanden hatte, wurde er vom Gewerkschaftskongreß zum Sekretär der Landeszentrale der dänischen Gewerkschaften gewählt. Daneben leitete er den gewerkschaftlichen Teil von Kopenhagens „Sozialdemokraten“, und zugleich übte er die Funktion als Vorsitzender des Holzarbeitersekretariats aus. In dieser Eigenschaft hat er auch die lokalen Vorarbeiten für den Internationalen Holzarbeiterkongreß in Kopenhagen im Jahre 1910 geleitet, zu dessen Präsidenten er neben Reipart gewählt wurde. Damals befand er sich noch im Vollbesitz seiner körperlichen und geistigen Kräfte. Wenige Monate später machten sich die ersten Spuren seines Leidens bemerklich, dem er nun erlegen ist.

An dem Internationalen Holzarbeiterkongreß in Kopenhagen nahm auch als Delegierter des belgischen Holzarbeiterverbandes Leon van der Haegen teil, der am 18. Mai in Gent gestorben ist. Van der Haegen war Sekretär des belgischen Holzarbeiterverbandes und hat sich nicht nur um die Holzarbeiterbewegung, sondern auch um die gesamte Arbeiterbewegung seines Heimatlandes große Verdienste erworben. Er bekleidete eine ganze Reihe von Vertrauensämtern. — Die Internationale der Holzarbeiter wird ihren toten Führern ein ehrendes Andenken bewahren.

Streikbruch ist „nichts Nachteiliges“. Daß der dem christlichen Holzarbeiterverband gemachte und durch unwiderlegliches Material bewiesene Vorwurf, seine „Werk“ durch Streikbrecher zu stärken, ihm nicht ganz so „Werk“ ist, wie es sein Organ glauben machen wollte, haben wir von vornherein angenommen, und es wird unbedingtes bestritten. Der christliche „Holzarbeiter“ hat jetzt den Auftrag, seine Anhänger anzufachen, um die Aufmerksamkeit von den eigenen Sünden abzuwenden. Die Methode ist nicht neu, und der Dief wird deshalb noch lange nicht zum Ehrenmann, wenn er seinen Verfolger der „Spitzbubenkassette“ bezichtigt.

Zwei „Beweise“ bringt der „Holzarbeiter“ für die Behauptung, daß der Deutsche Holzarbeiterverband eine Zufluchtsstätte für Streikbrecher sei; sie sind aber auch dann. Der jüngste der Beweise datiert aus dem Jahre 1909. Am 12. März jenes Jahres fand die christlichen Holzarbeiter bei einer Firma in Bedum in Streik getreten, alsbald sei ein Streikbrecher aus Dordrecht gekommen, und wenige Wochen später hätten die „Genossen“ in der Person dieses Streikbrechers einen Vertrauensmann in Bedum gehabt. — Von dem christlichen Streik in Bedum ist uns nichts Näheres bekannt. Der „Holzarbeiter“ ist so vorsichtig, es nicht direkt zu behaupten, aber er läßt es zwischen den Zeilen durchblicken, daß der Deutsche Holzarbeiterverband eines seiner Mitglieder als Streikbrecher nach Bedum geschickt habe. Wir brauchen es kaum besonders zu betonen, daß dies ausgeschlossen ist. Diese Methoden der ultrakontinentalen Gewerkschaften finden im Deutschen Holzarbeiterverband keine Nachahmung. Daß von den Vielfeldern Kollegen Agitation in Bedum betrieben wurde, soll nicht bestritten werden. Es ist aber absolut unmöglich, daß Streikbrecher Verbandmitglieder jemals als Streikbrecher nach Bedum gekommen wären.

Der Bedumer Fall, den die Christen da ausgegraben haben, liegt vier Jahre zurück; es ist daher heute nicht mehr gut möglich, Einzelheiten über einen Streik festzustellen, an welchem unser Verband nicht beteiligt war. Darauf spekulieren auch wohl die Christen bei ihren wenig schlüssigen, in der Hauptsache aber direkt unwahren Aussagen. — Was folgt ist das Anlagematerial der Christen in dem Bedumer Fall. Wir lassen es wörtlich folgen: „In Bedum haben sich nach dem Streik bei der Firma Langering im Jahre 1907 einige Streikbrecher bei den Arbeitern organisiert. Unsere dortigen Kollegen waren aber bestimmt der Meinung, daß sie schon vorher organisiert gewesen seien.“

Wer mit solchem Material arbeitet, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er haktlose Verdächtigungen erhebt. Wir wundern uns darüber nicht, daß die christliche Kampfesweise. Es ist aber nicht überflüssig, noch einmal darauf hinzuweisen, daß unser Vorwurf sich nicht sowohl dagegen richtet, daß ehemalige Streikbrecher in den christlichen Holzarbeiterverband aufgenommen wurden; wir haben vielmehr festgestellt, daß der Vorstand des christlichen Holzarbeiterverbandes, der ausdrücklich auf die Qualität seiner Erdoberung aufmerksam gemacht wurde, unserem Verbandsvorstand gegenüber zum Ausbruch brachte, daß er im Streikbruch nichts Nachteiliges erblickte. Diese Toleranz gegenüber dem Streikbruch haben wir festgenagelt. Entkräften kann man unsere Aussagen nicht, denn sie sind dokumentarisch belegt, da sucht man sich denn nach berühmten Mustern mit Gottes Hilfe durchzuklagen. Was aber dabei produziert wurde, ist sehr schwach. Wir wollen jedoch darüber hinwegsehen und in den mifflungenen Verteidigungsversuchen nur den Ausdruck des Unbehagens über eine begangene Dummheit sehen. Wenn der christliche Holzarbeiterverband künstlich Streikbrecher nicht mehr mit offenen Armen empfangt, und wenn er sein Urteil über den Streikbruch einer Revision unterzieht, dann hätte unsere Exekution ihren Zweck erfüllt.

Der Steuerzettel. Das Steuern zahlen gehört nicht gerade zu den größten Annehmlichkeiten dieses Daseins, aber es ist ein notwendiges Uebel, von dem sich nur schwerreiche Agrarier drücken können. Die Arbeiter müssen zahlen; nicht nur die indirekten Steuern, von denen nicht einmal die sonst steuerfreien Landesfürsten entbunden sind, sondern auch direkte Steuern. Kein Mensch wird ihnen geschenkt, und der fürsorgliche Vater Staat wacht mit Argusaugen darüber, daß nicht der geringste Teil des Arbeitereinkommens unversichert bleibt. Bei den reichen Leuten nimmt man es nicht so genau, die dürfen bei der Steuerveranlagung so viele Abzüge machen, daß mitunter ein schwerreicher Mittergutsbesitzer mit üppigster Lebenshaltung überhaupt kein Einkommen versteuert. Das ist bei uns des Landes so Brauch. Daß aber der raffigere Steuerfiskus, mit den Steuergrößen der Arbeiter nicht zufrieden, auch noch die Gewerkschaften der Arbeiter heim sucht und von ihnen Einkommensteuer verlangt, ist neu.

Vor uns liegt der Steuerzettel, welchen die Gemeinde Schleich in dem berühmten Lande Meuß jüngere Linie an die dortige Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes geschickt hat. Sie ist allerdings für das Steuerjahr 1913 zu einer staatlichen Einkommensteuer von 18,60 M. eingeschätzt und soll außerdem 116/3 Proz. Gemeindeabgaben mit 21,70 M., zusammen also 40,30 M., an Steuern zahlen. Es ist ja recht nett vom fürstlichen Steueramt und vom Stadtgemeindevorstand, daß sie unserer Zahlstelle so freundlich gedacht haben, aber Geld werden sie von dort nicht holen. Inwiefern die Zahlstelle kein Einkommen hat. Der steuerliche ruhige Steuerfiskus muß schon sehr hungrig sein, daß er in seiner Gier so gänzlich ungeeignete Objekte anfaßt. Wie wäre es, wenn er einmal die Steuerleistung der reichen Leute im Ländchen einer scharfen Nachprüfung unterziehen würde. Wenn das Land auch kein ist, so dürfte eine solche Nachprüfung doch immerhin noch soviel einbringen, daß man die Gewerkschaftszahlstellen im Lande ungeschoren lassen kann und sie nicht mit so überflüssigen Dingen wie Steuerzettel zu behelligen braucht.

Die Gründung eines Verbandes der Modellfabrikanten Deutschlands soll auf einer am 31. Mai und 1. Juni in Halle geplanten Zusammenkunft beschlossen werden. Wie aus einem verfaßten Einladungszirkular hervorgeht, gefällt es den Modellfabrikanten nicht bei den Tischlern. Sie gehören wohl den Tischlerzunftangehörigen an, aber sie glauben ihrer bescheidenen Anzahl wegen gegenüber den Bau- und Möbelschleiermeistern dort nicht zur Geltung kommen zu können. In den Verband der Metallindustriellen zu kommen, soll das erste Ziel der zu gründenden Organisation sein. Vornehmlich soll aber die Organisation, wie es in dem Zirkular heißt, ein Werk gegen die Arbeiterorganisationen sein, welche in den letzten Jahren Forderungen an uns stellen, die wir nicht bewilligen und für die Zukunft überhaupt nicht mehr zu tragen in der Lage sind, ohne unsere Existenz ins Wanken zu bringen. Da ein einzelner gegen die großen Arbeiterorganisationen machtlos ist, ist es unsere Pflicht, uns zusammenschließen und zu vereinigen, denn nur Einigkeit macht stark.

Das Wort „Einigkeit macht stark“ sollten sich auch die Modellfabrikanten mehr als bisher zu Gemüte führen, denn es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß der Verband der Modellfabrikanten eine Kampfesorganisation sein wird, die den Bestrebungen der Arbeiter nach Möglichkeit entgegen treten wird. Sie wird hierbei um so erfolgreicher sein, je mangelhafter die Organisation der Arbeiter ist.

Die Einladung zur Gründungsverammlung ist unterzeichnet von dem Verein der Modellfabrikanten von Dresden und Umgegend, der Vereinigung selbständiger Modellfabrikanten und Fabrikanten Groß-Berlins, der Vereinigung der Modellfabrikanten von Hamburg, Altona und Umgegend und der Vereinigung der Modellfabrikanten vom Rheinland. Als Redner auf der Gründungsverammlung sind vorgezeichnet: Sander-Galle, Walter-Hamburg, Moldenhauer-Berlin und Wernig-Berlin.

Warnung vor der Auswanderung nach Brasilien. In neuerer Zeit sind in deutschen Unternehmerorganen Klavierstimmer nach Santos in Brasilien geschickt worden. Den Gewerbern werden natürlich die jählichen Vorrechnungen gemacht. An Ort und Stelle angekommen finden sie sich aber sehr enttäuscht, denn es fällt den Herren nicht ein, ihre Vorrechnungen einzulösen. Zwei deutsche Kollegen, die als Klaviermacher in Santos arbeiten, haben sich durch die Vermittlung des Kollegen Alfred Müller in Hürstel i. Thür., Eisenberger Straße, an uns mit der Bitte gewandt, Auswanderungslustige zu warnen. Einem geneigt ist, auf eine der erwähnten Offerten einzugehen, möge sich rechtzeitig an den genannten Kollegen wenden, der gern bereit ist, nähere Auskunft zu geben.

Gewerkschaftliches.

Der Verbandstag der Gewerksvereine.

Der Verbandstag der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, der am 12. Mai in Berlin zusammentrat, hat infolge eines Zwischenfalles, der sich auf ihm ereignete, mehr Aufmerksamkeit erregt, als dieser Tagung bei der geringen Bedeutung, welche die Hirsch-Dunderschen Organisationen für die Arbeiterbewegung haben, eigentlich zukommt. Aus dem föhlichen Inhalt der Verhandlungen ist zu erwahnen ein Vortrag des Reichstagsabgeordneten Weinhausen über das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter. Nach einer im Sinne des Referats sich bewegenden Diskussion wurde eine Resolution angenommen, in welcher zum Ausdruck gebracht wird, daß die Arbeiter in den „gemeinlichlichen öffentlichen Betrieben“ auf das Streikrecht verzichten müssen; sie fordern aber dann um so nachdrücklicher Anerkennung ihrer staatsbürgerlichen Arbeiterrechte.

Dieser Beschluß ist gut Hirsch-Dundersch. Den Verzicht auf das Streikrecht, den ja vorher schon die christlichen Gewerkschaften ausgesprochen haben, werden die Behörden dankend quittieren, aber die Anerkennung der staatsbürgerlichen Rechte der Staatsarbeiter, das ist ganz etwas anderes. Die Rechte der Arbeiter werden nur dort anerkannt, wo diese selbst instande sind, sie sich zu wahren. Wo aber die Arbeiterorganisation von vornherein darauf verzichtet, ihre einzige Waffe zu gebrauchen, da wird auf die Rechte der Arbeiter ungentert gepfiffen. In diesen Dingen sollen doch die Gewerksvereine einige Erfahrung haben. Sie haben doch lange genug den Standpunkt vertreten, daß die Arbeiter keine Streiks führen, sondern auf friedlichem Wege mit den Unternehmern Verträge abschließen sollen. Zu Vertragsabschlüssen, meist allerdings nur im Schatten der freien Gewerkschaften, sind sie aber erst gekommen, als sie aus der Taktik der freien Gewerkschaften gelernt hatten, daß die Unternehmer erst durch Schnitkämpfe zur Verhandlung gezwungen werden, ehe ihnen das Verständnis für den Tarifvertrag aufgeht.

Das zweite Referat über „Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern“ hielt Gleichauf-Berlin. Er forderte unter Hinweis auf die Beschlüsse des vorigen Verbandstages die Ausarbeitung eines besonderen Arbeiterrechtes. Dann erwähnte Schumacher über „Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung“. In seinem Vortrag wie in der Resolution warnte er vor der Einführung paritätischer Nacharbeitsnachweise, weil diese von den sozialdemokratischen Gewerkschaften als Kampfmittel und zur Ausdehnung ihrer Macht benutzt werden. Diese Rede gegen die paritätischen Arbeitsnachweise erregte einen pikanten Beigeschmack durch die Tatsache, daß, wie sie gehalten wurde, die Tinte kaum trocken war, mit welcher der Referent das Musterregulativ für paritätische Arbeitsnachweise in der Holzindustrie unterzeichnet hatte.

Der Verbandstag beschäftigte sich dann noch mit verschiedenen Materien, welche die Gesetzgebung betreffen und welche in einer Reihe von Fragen Petitionen an den Reichstag zu richten. Für ein größeres Publikum ist die Stellungnahme der Gewerksvereine zu diesen Gegenständen von geringer Bedeutung. Der Verbandstag allerdings war der Meinung, daß die inneren Einrichtungen der Gewerksvereine die Oeffentlichkeit nicht angehe, deshalb erfolgte die Entgegennahme des Berichts und die Diskussion über die Tätigkeit und die Entwicklung der Gewerksvereine unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Dieser Beschluß war sehr verständlich, denn die Bedeutung der Beschlüsse des Verbandstages wäre noch niedriger eingeschätzt worden, wenn alle Welt wüßte, was tatsächlich hinter den Gewerksvereinen steckt.

Der eingangs erwähnte Zwischenfall ereignete sich am ersten Verhandlungstage. Der Verbandstag hatte sich sehr geehrt gefühlt durch die Teilnahme von Regierungs- und Gemeindevertretern. So hatte das Reichsamt des Innern einen Geheimrat Siegart geschickt und vom Reichsversicherungsamt war der Senatspräsident Dr. Kähler erschienen. Beide hatten Vorträge gehalten, und der Geheimrat Siegart hatte in der feineren darauf hingewiesen, daß es nicht richtig sei, daß die Regierungsvertreter bei den Debatten das Wort ergreifen, man möchte deshalb aus seinem Schweigen keine Schlüsse ziehen. Der Herr hatte also die beste Absicht, den Mund zu halten, aber er brachte es nicht fertig. Nach dem Referat von Gleichauf, der in seinem Vortrag ganz zutreffend die Rechtlosigkeit der Arbeiter geäußert hatte, litt es den Geheimrat nicht mehr auf seinem Hofenboden. Er fühlte das unabwiesbare Bedürfnis gegen die, seiner Meinung nach, maßlosen Hebertreibern des Redners zu protestieren. Er mußte, so erklärte er, Verwahrung gegen die Behauptung einlegen, daß in Deutschland nicht das Recht, sondern das Faustrecht herrsche und gegen die weitere Behauptung, daß bei Streiks Polizei und Militär aufgeschoben werde, um die Unternehmerinteressen zu schützen. Der Herr Geheimrat war so frei, den Vorsitzenden unter der Drohung mit dem Auszug aus dem Lokal, aufzufordern, den Redner zu rügen.

Der Vorsitzende Hartmann und mit ihm der Verbandstag zeigte sich aber in diesem Fall rückgratloser, als es der Regierungsvertreter erwartet hatte. Die geforderte Mße auszusprechen wurde vom Vorsitzenden abgelehnt und der Geheimrat Siegart und mit ihm der Senatspräsident Dr. Kähler mochten ihre Drohung wahr, und sie verließen den Saal. Von der sehr vernünftigen Haltung des Verbandstages gegenüber der Annahme des

Regierungsvertreters hob sich nur die Stellungnahme des Verbandsvorsitzenden Goldschmidt ab, der es sich angelegen sein ließ, die Hirsch-Dunderschen Traditionen zu wahren. Hatte er sich schon, wenn auch vergeblich, bemüht, die auszeichnenden Regierungsvertreter zum Verbleiben zu bewegen, so beantragte er später, den Herrschaften ein Pfaster auf die Wunde zu legen durch die Annahme einer Erklärung, in welcher zugegeben wird, daß das Referat manche Worte enthalte, welche von den Regierungsvertretern als zu weitgehend angesehen werden konnten. Erfreulicherweise blieb der Verbandstag fest; er machte die Selbstreue des Verbandsvorsitzenden nicht mit und lehnte es überhaupt ab, in der Unglegenheit einen Beschluß zu fassen.

Möglichstweise haben sich die Gewerksvereine durch diese ihre Stellungnahme um den Vorzug gebracht, bei ihren künftigen Tagungen von Regierungsvertretern begrüßt zu werden. Das wäre aber ein Verlust, der zu verschmerzen wäre. Jedenfalls hat der Vorgang nach manchen Richtungen erzieherisch gewirkt. Die Regierung schickt ihre Vertreter nur zu den Tagungen der „braven“ Arbeiterorganisationen, um diesen zu zeigen, wie gnädig sie „oben“ angesehen werden; sie erwartet aber auch, daß die so ausgezeichneten Vereine sich durch entsprechendes Verhalten der hohen Ehre würdig zeigen. Die Abgeordneten der Regierung, die auf den Versammlungen der Scharfmacher mit zusammengeschlagenen Händen deren Befehle entgegennehmen, glauben jedoch auf den Arbeitertagungen um so arroganter auftreten zu können. Da ist es erfreulich, daß die Vertreter der Gewerksvereine sich noch rechtzeitig ihrer Arbeiterehre bewußt wurden und unter Mißachtung der wackelhaften Vorschläge ihres Verbandsführers Goldschmidt die empfindlichen Herrschaften ziehen ließen. Wenn die Gewerksvereine daraus lernen, daß nicht Demut und Bescheidenheit, sondern Mut und Selbstvertrauen den Mann zieren, und daß diese letzteren Eigenschaften die Arbeiter weiterbringen, als die Hoffnung auf den Schein der Regierungsgnadenfontäne, dann wäre diese Erkenntnis für sie von nicht geringem Nutzen.

Ein Streit der Buchdrucker bei der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg hat in den letzten Wochen erhebliches und berechtigtes Aufsehen erregt. Die Ursache der Differenzen liegt bei der Unterküßungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der alle Angestellten und Arbeiter des Betriebes angehören müssen. Drei Buchdrucker weigerten sich, dieser Kasse beizutreten und wurden deshalb entlassen. Das angerufene Tarifschiedsgericht der Buchdrucker erklärte diese Entlassung als tarifwidrig. Der Vorstand der Verlagsgesellschaft weigerte sich aber, die tarifwidrig Entlassenen wieder einzustellen mit der Begründung, daß das Tarifschiedsgericht die WiederEinstellung nicht ausdrücklich verfügt habe. Darauf richteten am 2. Mai 78 Mann des Buchdruckerpersonals die Kündigung ein und sie verließen am 10. Mai, nach Ablauf der Kündigung, den Betrieb, nachdem sie außer der Wiedereinstellung der Entlassenen noch einige andere Forderungen aufgestellt hatten. Am 15. Mai kam dann unter Mitwirkung des Vorsitzenden des Buchdruckerverbandes E. Döblin eine Verständigung zustande, nach welcher die Streikenden nach Maßgabe der vorhandenen Plätze wieder eingestellt werden, wogegen die Arbeiter ihre weitergehenden Forderungen zurückziehen. Die Frage der Zugehörigkeit der Buchdrucker zur Unterküßungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine soll durch eine besondere Verständigung geregelt werden. Der aus diesem Anlaß entstandene Konflikt ist zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt. Die Geschäftsleitung hatte eine Bestimmung angestrengt, weil sie der Meinung ist, daß die Massen-Kündigung tarifwidrig war. Diese Klage soll aus prinzipiellen Gründen durchgeführt werden, doch sollen aus dem Ausfall der Entscheidung keine Konsequenzen für das Personal gezogen werden.

Der Konflikt ist somit beigelegt, aber trotzdem ist es sehr bedauerlich, daß er solche Formen annehmen konnte. Aus dem ziemlich spärlich vorliegenden Material, insbesondere aber aus dem Verständigungsprotokoll, muß geschlossen werden, daß die Hauptschuld daran der Leitung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine beizumessen ist. Der aus Anlaß des Nichtbeitritts einiger Buchdrucker zur Unterküßungskasse entstandene Konflikt ist zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt, heißt es im Protokoll. Es war also möglich, einen Ausweg zu finden, und der hätte sich auch finden lassen, ohne daß man es deshalb zur Kündigung und zum Ausstand hätte kommen lassen brauchen. Voraussetzung hierfür wäre allerdings, daß die maßgebende Leitung der Verlagsgesellschaft auch bei Meinungsverschiedenheiten nicht die Tatsache aus dem Auge läßt, daß die Konsumgenossenschaftsbewegung doch insofern auch eine Arbeiterbewegung ist und daß ihre Mite zu einem wesentlichen Teile der verständnisvollen Mitarbeit der Gewerkschaften zu danken ist. Wenn der Leiter der Genossenschaftsbewegung auch über manche Unternehmereigenschaften verfügen muß, so gehört doch Unternehmerrhochmut nicht dazu. Eine rechtzeitige Verständigung mit dem Vorstand des Buchdruckerverbandes, die anzubahnen der Leitung der Verlagsgesellschaft wohl angestanden hätte, wäre sicher geeignet gewesen, zu verhüten, daß der Welt das wenig erbauliche Schauspiel eines Streiks in einer Arbeitergenossenschaft gegeben wurde.

Zu den Schiedssprüchen in der Materausperrung haben nunmehr am 22. Mai beide Parteien ihre Zustimmung erklärt. Der Materverband hielt zu diesem Zweck einen außerordentlichen Verbandstag ab. Der wurde zwar von den Delegierten verschiedentlich bemängelt, daß die neuen Schiedssprüche nicht die seit der arbeitgeberseitigen Ablehnung der ersten Schiedssprüche in den abgelehnten Sonderarbeitsverträgen erzielten Verbesserungen allgemein als geltendes Recht anerkennen, doch wurden schließlich mit 86 gegen 13 Stimmen die neuen Schiedssprüche angenommen. Auch die Arbeitgeberorganisation hat diesen, wenn auch angeblich mit geringer Mehrheit, zugestimmt. Damit haben nun auch diese Reimen

Gernegroße ausgehen müssen, daß ihre mit so großem Launam in Szene gesetzte Aussperrung ein Schlag ins Wasser war, sie schluden jetzt die gleichen Veränderungen der Arbeitsverhältnisse, die sie noch vor zwölf Wochen glaubten abzuwehren zu können.

Eingefandt.

Zur Branchenkonferenz der Kammacher und Haarschmuckarbeiter.

Vor zirka 10 Monaten sind die ersten Anregungen zu einer Konferenz gegeben worden, aber heute stehen wir immer noch vor der Ungewißheit, kommt überhaupt etwas zustande oder nicht? Die Konferenz soll doch dazu beitragen, Mittel und Wege zu suchen, um die zurückgebliebenen Orte nachzuholen, um so die von dort kommende Schmuckkonferenz zu beteiligen, und um die einigermassen schon vorwärts gekommenen Orte in ihren weiteren Fortschritten nicht zu hindern. Wundern muß man sich aber, daß die Kollegen in manchen für unsere Branche wichtigen Städten der Konferenz so wenig Interesse entgegenbringen.

So wie die Kollegen von Nürnberg, trotz ihres günstigen Tarifabschlusses, über die Schmuckkonferenz von auswärts zu klagen haben, genau dasselbe trifft auf Dresden zu. Nicht nur, daß hier in den maßgebenden Betrieben, seit dem letzten Vertragsabschluss, die Zahl der Beschäftigten fast um die Hälfte gesunken ist, haben die noch in Arbeit stehenden kaum volle Beschäftigung. Stundenweise, halbe und ganze Tage ausfallen, ist gang und gäbe; nach Pfingsten wird es voraussichtlich noch schlimmer. Die dadurch erzielten Verdienste reichen kaum dazu aus, das Notwendigste zu bestreiten. Viele Kollegen waren dadurch gezwungen, und andere werden es noch, sich andere Beschäftigung zu suchen. Dadurch ist schon mancher tüchtige Kollege verloren gegangen. Dazu trägt noch mit bei der prohize Herrenstandpunkt, den die Unternehmer bei diesen Gelegenheiten immer herauskehren, wodurch sie das so schon unerträgliche Arbeitsverhältnis unhaltbar machen. Sind doch in einem Betriebe, mit ganz wenigen Ausnahmen, fast nur noch lauter jugendliche und weibliche Arbeiter beschäftigt, die mit zu den Arbeitern verwendet werden, die vorher stets nur von älteren Kollegen verrichtet wurden. Wenn hier früher nur gute Ware hergestellt wurde, so gehen die Unternehmer jetzt dazu über, ebenfalls den minderwertigen Schund mit einzuführen, sei es durch Selbstherstellung oder durch direkten Bezug als fertige Ware von auswärts. Die Beschäftigten sind dadurch die Kollegen.

Die Zentralkommission hat im März dieses Jahres berichtet, daß der Hauptvorstand einer Konferenz nach wie vor sympathisch gegenüber stehe, nur wünsche er, die schwebenden Verhandlungen mit dem Fabrikarbeiterverband wegen der Grenzzeitigkeiten vorher zu erledigen. Es sollte nun doch wohl zu erwarten sein, ob ein Resultat zustande kommt oder nicht. Der Hauptvorstand möge sich doch nun einmal endlich hierzu selbst äußern, und seine Stellung zu allem präzisieren. Die Zentralkommission sollte sich einmal energisch an die Ortsverbände und Gewerkschaften derjenigen Zahlstellen wenden, wo Kammacher und Haarschmuckarbeiter in Betracht kommen, daß sie doch in Zukunft mehr als wie bisher sich auch unserer Branche annehmen, um mit dazu beizutragen, daß die unhaltbaren Zustände verbessert werden. Wenn auch nicht alles Geil von einer Konferenz zu erwarten ist, bin ich schon der Meinung, daß eine solche in puncto Agitation und Organisation wohl von großem Nutzen ist, den Ortsvertretern Material in die Hände gibt und sie weiterhin anspornet, nicht nachzulassen in ihrer mühevollen Arbeit. Es ist darum wohl auch einmal angebracht, die Frage aufzuwerfen, ob es in Zukunft vielleicht nicht ratsamer erscheint, die Branchenkonferenzen aller Branchen innerhalb bestimmter Zeiten, vielleicht alle 4 bis 6 Jahre stattfinden zu lassen, es würde mehr als bisher daraufhin und vorgearbeitet werden und würden sich nicht solche unhaltbaren Zustände herausbilden, als wie es bei uns innerhalb der letzten Jahre der Fall ist.

Alex. Zieger, Dresden.

An die Vertrauensleute und Sektionsleiter der in der Zelluloidindustrie beschäftigten Arbeiter.

In Ausführung des Beschlusses des Verbandstages in Berlin, der den Vorstand beauftragte, unter Einschaltung neueren Materials die Petitionen betr. Schutz der Zelluloidarbeiter gegen Brandgefahren erneut an den Reichstag und Bundesrat zu richten, hat eine Verständigung mit den dabei in Betracht kommenden Verbänden der Buchbinder und Fabrikarbeiter stattgefunden. Die unterzeichnete Zentralkommission wurde beauftragt, das erforderliche Material zu beschaffen. Wir bitten deshalb die Vertrauensleute und Sektionsleiter aller Orte der Zelluloidindustrie über vorgekommene Brände in den Zelluloidbetrieben an uns zu berichten und uns auch künftig über Ursache und Verlauf des Brandes, sowie Beschaffenheit des vom Brande betroffenen Betriebes und allem sonst hierbei in Betracht kommenden eingehenden Bericht zu erstatten.

Die Zentralkommission der Stadt, Schirm- und Kammindustrie.

J. A. Kurt Schmidt.

Berlin O. 27, An der Michaelbrücke 1 b. VII.

Literarisches.

Die nachbenannten B. u. L. können auch durch die Verkaufsstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung der Stadt Charlottenburg. Von Wilhelm Richter. Verlag Otto Flemming, Charlottenburg, Kopallogstr. 13. Preis 25 Pf.

In der Stadt Charlottenburg sind bereits mehrfach Versuche zur Einführung der Arbeitslosenversicherung unternommen worden, die jedoch nach zu keinem Ergebnis geführt haben. Die vorliegende Broschüre schildert die in der Gemeindeverwaltung deswegen geführten Kämpfe.

Die Frau in der Industrie und Landwirtschaft Württembergs. Von W. Richter. Teil IV der Sozialdemokratischen Frauenbildung. Verlag der Verhandlungsvorwärts, Paul Singer & M. A. P. Preis 40 Pf.

